

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 21 Amt Dönhoff 293 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Einzelpreis
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nicht Schleicher, sondern Papen?

Die autoritäre Staatsführung fängt wieder von vorne an!

Die Krise des autoritären Kurzes ist auch gestern nicht zu Ende gegangen. Gegen Abend fand eine neue Unterredung beim Reichspräsidenten statt, an der sowohl Schleicher als auch Papen teilnahmen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, sie soll vielmehr erst heute am Spätnachmittag getroffen werden.

Schleicher steht jedoch nicht mehr im Vordergrund! Er soll sich geweigert haben, bei seiner Ernennung zum Reichsfinanzminister das Wehrministerium abzugeben. Es tauchte gestern das Projekt auf, an Stelle Schleichers — Herrn von Papen zum Wehrminister zu machen. Inzwischen soll Schleicher nicht mehr in Betracht kommen, sondern Papen soll Auftrag haben, bis heute nachmittag ein Kabinett aufzustellen.

heute vormittag wird der Reichspräsident Herrn Hugenberg empfangen. Das Streben

der Deutschnationalen geht dahin, ein Kabinett zu erreichen, das dem ersten Kabinett Papen möglichst ähnlich ist, nur soll an die Stelle des Freiherrn von Gagl Herr Bracht treten.

Die autoritäre Staatsführung fällt aus einer Kombination in die andere. Jetzt ist sie wieder bei Papen angelangt — trotz aller Warnungen, und obwohl feststeht, daß eine Wiederernennung Papens einer Kriegserklärung an das Volk gleichkommen würde!

Das Durcheinander der „Autoritäten“ ist nicht mehr zu übersehen!

Hugenberg für Papen

Die parteiamtlichen Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei erklären ausdrücklich entgegen andersartigen Darstellungen über die Haltung der Partei gegenüber einem Kabinett Schleicher, daß es sich um eine Kombination

handele, für die positive Unterlagen fehlten. Die DVP habe zu der neuen Lösung überhaupt noch keine Stellung genommen und habe stets betont, daß sie mit der Fortdauer eines Kabinetts von Papen, das wirtschaftlich im Gegensatz zu den Erfahrungen der letzten Monate eine klare und einheitliche Politik gewährleisten und personell gegen die gemachten Fehler gesichert, also entsprechend ungebildet sei, einverstanden gewesen wäre und die Gesamtdemission des Kabinetts stets für unnötig gehalten habe.

Hitler schreibt schon wieder!

Wie die Telegraphen-Union erfährt, erklärte Adolf Hitler in einem Brief an den Reichspräsidenten, seiner Ansicht nach habe sich in der politischen Lage nichts geändert, so daß er seine Anwesenheit in Berlin im gegenwärtigen Augenblick für unnötig halte. Er halte seine dem Reichspräsidenten brieflich gemachten Vorschläge voll anrecht.

Studenten wurden festgestellt, außerdem wurde zahlreiche an den Ausschreitungen beteiligten Studenten die Studientarife entzogen. Als Haupttäter wurde der Lokalredakteur der Breslauer Nazizeitung, Helmut Litz, festgestellt. Professor Dr. Cohn, dem auch dieser erneute Krawall gelten sollte, konnte keine Vorlesungen in Ruhe fortsetzen, dagegen mußten mehrere Vorlesungen nach 12 Uhr abgelehrt werden.

Wie die Universitätspressestelle mitteilt, wurden bei den erneuten Razausschreitungen an der Breslauer Universität am Donnerstagmittag insgesamt 616 Studierende die Studientarife abgenommen. Bemerkenswert ist, daß an den Tumulten zwei farbentragende Verbindungen, die Turnerische Germania und die Burshenschaft Germania in Couleur beteiligt waren. Ferner wird nachträglich bekannt, daß während der Krawalle aus dem Hausen der randalierenden Rastudenten mehrfach der Ruf laut wurde, man werde Professor Cohn totschlagen, wenn er nicht bald aus der Universität weiche.

Die abermaligen Ausschreitungen an der Universität der schlesischen Hauptstadt werden allgemein als Folge der unerschränkten Hegeorien des Breslauer Hakenkreuzorgans betrachtet, das sich in seiner Rittwoch-Ausgabe in neuerlicher unerhörten Ausfällen gegen Professor Dr. Cohn und die Universitätsbehörde ergangen hatte.

Klagges abgeblitzt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 1. Dezember
Klagges ist heute abend bei den Studierenden der Technischen Hochschule abgeblitzt. Mit 219 gegen 184 Stimmen bei 14 Enthaltungen beschloß eine allgemeine Studentenversammlung, sich hinter die Vorschläge des Rectors und Senats auf sofortige Wahlen und auf Beibehaltung des bisherigen Brede zu stellen. Die Nazistudenten waren über ihre ihnen unerwartet kommende Niederlage so müde, daß sie unter Lärm und Hinder-Gebüll die Versammlung verließen.

Im Verlauf der stürmischen Versammlung wurde auch ein Rechtsgutachten des deutschnationalen Professors Dr. Roloff und des Landhyndikus Klauze verlesen. Beide bezeichnen die Maßnahmen des Rectors gegen die Nazistudenten als zu Recht bestehend und erklären insbesondere die Amtsenthebung des Reichssozialisten Brede von seinem Amt als Aho-Vorsitzender durch die Nazimehrheit als unzulässig.

Fort mit Papen!

Erschütternde Feststellungen der Gewerkschaften — Macht Schluß mit diesem System!

Der Brief der Gewerkschaften an den Reichswehrminister von Schleicher, den der „Vorwärts“ gestern abend veröffentlichte, hält sich in den Grenzen strengster Sachlichkeit. Er vermeidet absichtlich das allgemein politische Gebiet, er sagt infolgedessen über das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu einer etwaigen Regierung Schleicher gar nichts. Er ist kein Katalog der Forderungen, die die Gewerkschaften erheben, er enthält natürlich erst recht nichts über die politischen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei. Der Brief beschränkt sich auf ein eng umgrenztes Gebiet, auf dem die Gewerkschaften ziemlich unumstritten zuständig und sachverständig sind. Gerade dies sichert ihm seine außerordentliche Wirkung.

Dieser Brief mit seinem bisher unbekanntem geradezu sensationell wirkenden Material, seinen nüchternen, darum desto mehr überraschenden Feststellungen ist ein Todesurteil über das ganze Papen-System. Wer diese trockenen Zahlen und Angaben richtig zu lesen versteht, liest aus ihnen den Bankrott eines Systems, das im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Volkswirtschaft nur noch eines zu tun hat, nämlich ebenso schnell wie restlos zu verschwinden.

Mit welchem Halleluja hatte die kapitalistische Presse das „Ankurbelungsprogramm“ Papens begrüßt. Welche Tänze um das Goldene Kalb wurden aufgeführt und wie stiegen an der Börse die Kurse. Ein Steuerzuschuss von 1½ Milliarden an die Kapitalisten, 700 Millionen Prämien noch dazu für Neueinstellung von Personal, schließlich die Ermächtigung zur Lohnsenkung bei Neueinstellungen. Das sollte bedeuten 10 bis 12 Prozent weniger Lohn, das sollte bedeuten 4½ Milliarden für die Privatwirtschaft, das sollte bedeuten Neueinstellung von 1½ Millionen Arbeitern!

Das Ergebnis? Nach den Erhebungen des ADGB bis zum 22. November 42 218 Neueinstellungen. Das sind genau 2,4 Prozent der versprochenen 1½ Millionen! Aber halt! Stehen diesen Neueinstellungen nicht noch zahlreichere Entlassungen gegenüber? Die Reichsanstalt meldet im November 150 000 Arbeitslose — nicht weniger, sondern mehr! Trotz Steuergutscheinen, trotz Lohndruckprämien! Trotz der 42 218 Neueinstellungen, die sich übrigens auf einen winzigen Teil der Betriebe — 943 von mehr als zwei Millionen! — beschränken, während die große Masse der Privatwirtschaft völlig unbewegt blieb, als hätte sie von einer „Ankurbelung“ überhaupt nichts bemerkt!

Eine Regierung, die für ein solches Fiasko die Verantwortung trägt, verdient nichts anderes als die fristlose Entlassung. Vor allem verdient sie der Hauptverantwortliche, der Mann der Vorziehung und grundsätzlich neuen Staatsführung. „Grundsätzlich neue“ Staatsführung für wahr — denn so etwas an Staatsführung ist überhaupt noch nicht dagewesen! Man muß, um den ganzen Unfug und das ganze Unheil dieser Art von Staatsführung zu begreifen, auch an die Passivseite des materiellen Schädigungen, die manche Arbeiterkategorien durch den notverordneten Lohndruck erlitten haben, sondern auch an die moralischen Wirkungen, an die leichtfertige und ohne jeden wirtschaftlichen Nuffekt herbeigeführte Ueberheizung des so-

England ist zahlungsbereit

Englisches Gold fließt nach Amerika

Eigener Bericht des „Vorwärts“

London, 1. Dezember.
Die zweite Note der britischen Regierung zur Stundung der Devisenrate der Kriegsschulden ist am Donnerstag in Washington überreicht worden. Die Arbeiterpartei war an der Formulierung der Schuldennote nicht beteiligt. Alle gegenfälligen Behauptungen sind unwahr.

Die drei Milliarden Pfund Goldverladungen nach Amerika, die schon im Gange sind, sollen mit der Schuldenzahlung in keinem Zusammenhang stehen. Dagegen behauptet der „Daily Herald“, daß das Finanzministerium schon Vorkehrungen getroffen habe, um nötigenfalls die Goldladungen für die Schuldenzahlung bereitzustellen.

Die Kriegsschulden

Wieviel hätte Amerika am 15. Dezember zu erwarten?

Die Rückzahlung von Kriegsschulden, die die Vereinigten Staaten am 15. Dezember formell zu erwarten hatten und deren Ausschreibung durch Frankreich und England insbesondere gewünscht wurde, erreicht für alle beteiligten Länder die Summe von rund 125 Millionen Dollar. Für England waren 30 Mill. Dollar Kapitalrückzahlung und 65,5 Mill. Dollar Zinszahlung, zusammen also 95,5 Mill. Dollar fällig. Frankreich schuldet 19,3 Mill. Dollar, Belgien 2,1 und Italien 1,2 Mill. Dollar. Der Rest kommt auf Polen, die Tschechoslowakei, Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Ungarn. Auf die fünf letztgenannten kommt insgesamt noch nicht eine Million Dollar. Polen schuldet 4,4, die Tschechoslowakei 1,5 Millionen Dollar. Fast sämtliche Länder haben einen Ausschub der Zahlungen verlangt. Amerika hat generell die Leistung der Zahlungen gefordert. Die Folge ist bekanntlich eine neue Störung in der Weltwirtschaft, die sich besonders in der neuen Entwertung des englischen Pfundes ausdrückt.

Frankreichs Schmerzen

Paris, 1. Dezember.

Der nationalistische Abgeordnete Marin hat am Freitag entgegen der Erwartung auf eine Debatte über seine Entschlieung in der Schuldenfrage bestanden. Da sich die Finanzkommission

am Mittwoch für die Vertagung der Debatte ausgesprochen hatte, konnte Marin am Donnerstagnachmittag in der Kammer keine Aussprache mehr über seine Entschlieung selbst, sondern nur noch eine über die Festsetzung des Datums beantragen. Mit Hilfe der Geschäftsordnung gelang es aber, Marin zu Beginn der Sitzung eine erste Niederlage zu bereiten.

Der Kammerpräsident wies darauf hin, daß der Antrag auf sofortige Beratung nur am Schluß der Sitzung eingebracht werden könne; Marin bestritt dies auf Grund anderer Paragraphen der Geschäftsordnung, bis schließlich Herriot erklärte, er nehme die sofortige Beratung an. Der Kammerpräsident machte nun darauf aufmerksam, daß die Debatte erst in einer Stunde beginnen könne. Eine neue Tagesordnung müsse erst öffentlich in der Kammer angeschlagen werden. Entweder müßte also die Sitzung unterbrochen oder die Kammer könnte mit der Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Interpellation beginnen und nachher den Antrag Marin diskutieren. Gemäß dem Wunsch Herriots entschloß sich die Kammer für das zweite Verfahren.

Außer Marin haben inzwischen auch der radikale Abgeordnete Hesse und der Abgeordnete Bernot, Vorsitzender einer Fraktion der Mitte, eine gemeinsame Entschlieung über die Schuldenfrage eingebracht, in der die Regierung aufgefordert wird, die am 15. Dezember fällige Zahlung zu verweigern und mit Amerika eine Regelung auszuarbeiten, die die Bezahlung der Schulden von den eventuellen Eingängen der deutschen Reparationszahlungen abhängig macht.

Radaustudenten

Neue Krawalle in Breslau

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 1. Dezember.

Am Donnerstag flakerten die Razausschreitungen in der Breslauer Universität wieder auf. In der 11-Uhr-Pause begannen die Hakenkreuzstudenten auf dem langen Gang im ersten Stock des Universitätsgebäudes zu singen und zu lärmen. Da der Krawall andauerte und die Ruhestörer trotz der Aufforderung des Rectors der Universität Prof. Dr. Brockmann nicht auseinanderzugehen, mußte ein starkes Polizeiaufgebot gegen die Tumultuanten eingesetzt werden. Mehrere

Autoritäres aus Preußen

Die grundsätzlich neue Staatskunst an der Arbeit

ziken Kessels! Es ist die vollkommene Katastrophe der ganzen Herrenpolitik, mit der es ein Ende haben muß, wenn sich aus ihr nicht eine neue Katastrophe des ganzen deutschen Volkes entwickeln soll!

Die Gewerkschaften halten sich in ihrem Brief an Schleicher streng im Rahmen ihrer Zuständigkeit. Sie überlassen es der Partei, aus ihren Feststellungen, die für das ganze Herrensystem schlechthin vernichtend sind, die politischen Folgerungen zu ziehen. Sie beschränken sich auf einige Forderungen, denen die Sozialdemokratie noch zahlreiche andere hinzuzufügen hat. Von jeder Regierung, sie sei zusammengesetzt wie immer, ist zu verlangen, daß sie mit allen Mitteln den Kampf gegen das Hungerehend dieses Notwinters aufnimmt. Von jeder Regierung, sie sei zusammengesetzt wie immer, ist zu verlangen, daß sie all das Maßlose Unrecht, das ihre Vorgängerin begangen hat, wieder gutmacht und auf das Spiel mit verfassungswidrigen Verfassungsreformen verzichtet. Von jeder Regierung, sie sei zusammengesetzt wie immer, ist zu verlangen, daß sie mit dem ganzen Papensystem Schluss macht!

Und darum muß vor allem dem Volke wenigstens die eine Beruhigung gegeben werden, daß der Hauptverantwortliche, der hauptsächlich seine politische Rolle ausgespielt hat, neunzig Prozent des deutschen Volkes, darunter die aktivsten Elemente, fordern das endgültige Verschwinden Franz von Papens aus der Regierung. Es muß jetzt endlich einem Spannungszustand ein Ende gemacht werden, der nicht mehr zu ertragen ist!

Badische Konkordate

In erster Lesung angenommen bei Stimmengleichheit!

Karlsruhe, 1. Dezember.

Die badischen Regierungsparteien, Zentrum und Deutsche Volkspartei, werden das gegenwärtige Koalitionsverhältnis fortsetzen. Die Vertung des Innenministeriums, die bisher der sozialdemokratische Staatsrat Küster innehatte, wird demnächst wahrscheinlich eine politisch nicht gebundene Persönlichkeit übernehmen.

Im Badischen Landtag wurden die zwischen dem Staat und den Kirchenverwaltungen abgeschlossenen Konkordate am Donnerstag in erster Linie angenommen. Es stimmten 44 Abgeordnete für die Konkordate und 44 dagegen. Der Landtagspräsident gab den Stimmenscheid für die Annahme. Die zweite Lesung erfolgt am 9. Dezember.

Konflikt in Danzig

Ermächtigungsgesetz aufgehoben

Danzig, 1. Dezember.

Der Danziger Volkstag hat in dritter Lesung auf kommunistischen Antrag das Ermächtigungsgesetz vom 1. Dezember aufgehoben mit 40 Stimmen (der Volkstag besteht aus 72 Abgeordneten) der Nazis, der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Polen bei Stimmhaltung der Regierungsparteien. Schon vorher hat der Volkstag die Verordnungen der Regierung über die Herabminderung der Fürsorge für die Erwerbslosen und andere Änderungen des Erwerbslosenfürsorgegesetzes mit gleicher Stimmenmehrheit aufgehoben. Eine Deckungsvorlage für die millionenschweren Folgen dieser Beschlüsse existiert noch nicht.

Der Senat, d. i. die Staatsregierung, muß innerhalb von 14 Tagen seine Stellungnahme mitteilen.

Deutsches Theater

Molnar: Harmonie

Auf Unwegen, die nicht immer sehr heiter und amüsig sind, zeigt Molnar, daß der Musikvirtuose ein Rindstopf, ein Drehtopf, ein Dummtopf und ein Trohtopf sein muß. Sonst geht dem Virtuosen die Muslon verloren, die sein schönstes Glück ist. Wäre nicht Tallenberg gewesen, man würde dem ungarischen Dichter nicht alle Klugheiten und Plaudereien gelauscht haben. Auch so läßt man ziemlich kühl, und der stürmische Premierenapplaus, an den das Deutsche Theater gewöhnt ist, wurde selbst von der Familie nicht gespendet. M. H.

Lausbühnen. Wie das Pariser „Journal“ aus Weiz meldet, ist auf einem Grenzpfad zwischen Spach (Frankreich) und Berl (Deutschland) das Schild mit dem Wort „Frankreich“ mit schwarzem Lack überstrichen und die Trikolore durch schwarzweißrot ersetzt worden.

In dem steuerlos gemordeten Preußen gehen zur Zeit die erbaulichsten Dinge vor: der zum Tode verurteilte Reins muß Monat um Monat auf die Entscheidung warten, ob er hingerichtet oder begnadigt wird, weil die Reichskommissare das Begnadigungsrecht für sich usurpieren, während nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs es zweifellos der preußischen Regierung zusteht.

Inzwischen rüsten sich die Deutschnationalen zu einem weiteren Schlußbürgerkrieg: Es hatte ihr Mißfallen erregt, daß in dem sogenannten Klepper-Ausschuß der Finanzminister Klepper als Vertreter des Staatsministeriums an den Verhandlungen teilnahm. Klugs haben sie einen Antrag eingebracht, wonach ein Minister, dessen Tätigkeit von einem Untersuchungsausschuß untersucht wird, nur insoweit zu den Ausschuhverhandlungen erscheinen darf, als er vom Ausschuh vernommen wird.

Diese „Lex Klepper“ führt zu grotesken Folgen. Auf nationalsozialistischen Antrag sind zum Beispiel vor einiger Zeit zwei Ausschüsse eingesetzt worden, deren einer die gesamte Justiz, deren anderer die gesamte Polizeitätigkeit nachprüfen soll. In Gemäßheit des deutschnationalen Antrags würde in dem ersten Ausschuh der Justizminister, in dem zweiten der Innenminister nicht an den Verhandlungen teilnehmen dürfen! Ein zweifellos geistvolles Spiel, das nur dadurch gemildert wird, daß den Nazis ihr Ausschuhspielzeug offenbar schon langweilig geworden ist: der mit großem Tamtam aufgezugene Justizauschuh ist nämlich seit seiner konstituierenden Sitzung vor vier Monaten von dem Vorsitzenden, dem Nationalsozialisten Freisler, bis heutigen Tages nicht mehr einberufen worden!

Mit besonderem Eiltempo sucht dafür das Justizministerium seinen Anschluß an den reaktionären Kurs. Vor zehn Jahren hatte der Justizminister Am Zehnhoff einen Erlaß herausgebracht, wonach die Staatsanwaltschaft bei antisemitischen Ausschreitungen die Offizialklage erheben sollte. Triumphierend kann jetzt die Rechtspreffe eine Mitteilung aus

dem Justizministerium veröffentlichen, wonach dieser Erlaß als „nicht mehr zeitgemäß“ aufgehoben worden ist. Im Justizministerium sieht man vieles nicht mehr als „zeitgemäß“ an. So war es bisher Brauch, daß über alle politischen Strafsachen sich das Justizministerium Bericht erstatten ließ. Aus „Ersparnisgründen“ hat der geschäftsführende Staatssekretär Hölscher dies erheblich eingeschränkt. So wünscht das Justizministerium zum Beispiel keine Berichte mehr über Beschimpfungen der republikanischen Staatsform, wenn diese nicht im Zusammenhang mit einer Beleidigung des Reichspräsidenten oder eines Ministers erfolgt sind. Ebenso wünscht das Justizministerium keine Berichte mehr in Strafsachen, die Angriffe gegen die Reichs- oder Landesfarben betreffen. Die Folge ist, daß die Staatsanwälte unbeaufsichtigt schalten und walten können. Wir haben danach Aussicht, jenen Dessauer Staatsanwalt auch in Preußen zu erleben, der die Aufforderung an Versammlungssprenger „Schmeiß die Schweineraus!“ unter Berufung auf den Göt von Verletzungen für nicht ernsthaft erklärte!

Der Staatssekretär Hölscher ist sicherlich ein Mann, der persönlich Keohet und Gemeinheit verabscheut. Wir erinnern uns noch sehr deutlich, wie schwer ihn die ersten Tobsuchtszenen der Nazis im Preußischen Landtag seelisch erschütterten haben. Aber wir befürchten, daß die Wirkungen seines Kurses dahin führen werden, daß Keohet und Niedertracht im politischen Kampf wieder aufleben.

Reichsfender

Wieder ein Rundfunkexperiment

Ab 1. Januar wird die Deutsche Welle als Reichsfender weitergeführt werden, vorläufig probeweise bis zum 31. März 1933. Der Leiter des Reichsfenders wird Prof. Schubog, das Personal der Deutschen Welle wird vollständig übernommen. Besondere Sorgfalt soll auf die Gestaltung des Abendprogramms gelegt werden,

im Programm soll der Musik ein breiter Raum gegeben werden.

In einer Konferenz im Berliner Rundfunkhaus wurden von Herrn v. Bagl die deutschen Rundfunkintendanten informiert. Sie meldeten einen mütigen Widerspruch gegen dies neue Rundfunkexperiment an.

Reichspräsidenten-Vertreter Neue Regelung?

Nach den bisherigen Verfassungsbestimmungen wird der Reichspräsident im Falle seiner längeren Behinderung und im Falle seines Ablebens durch den Reichskanzler vertreten, bis der Reichstag einen Stellvertreter durch Reichsgesetz bestimmt hat. Als Friedrich Ebert starb, vertrat ihn Reichskanzler Dr. Luther für die wenigen Tage, bis der Reichstag den stellvertretenden Reichspräsidenten, den damaligen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons dafür eingesetzt hatte.

Wie der „Demokratische Pressediener“ wissen will, hat bei den jetzigen Verhandlungen über die Regierungsbildung auch die Frage der Stellvertretung des Reichspräsidenten eine Rolle gespielt, und zwar soll es die Ermägung des Reichspräsidenten selbst gewesen sein, die dazu geführt hat, daß man sich in politischen Kreisen mit dieser Frage beschäftigt. Es wird behauptet, daß vom Reichspräsidenten von Hindenburg selbst der Fall der „vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft“, der im Artikel 51 der Reichsverfassung genannt ist, ins Auge gefaßt wurde. Wenn in einem solchen Fall der Vertreter einer Partei, deren Diktaturbestrebungen offenkundig sind, als Reichskanzler den Oberbefehl über die Reichswehr in Stellvertretung des Reichspräsidenten erhält, können daraus erhebliche politische Gefahren entstehen. Es ist deshalb erörtert worden, ob nicht bereits vorfristig ein Gesetz geschaffen werden könnte, wonach die Stellvertretung des Reichspräsidenten, ähnlich wie es nach dem Tode des ersten Reichspräsidenten geschah, durch den Präsidenten des Reichsgerichts wahrgenommen werden könnte.

Auch dazu ist freilich ein normales Funktionieren des Reichstags selbst notwendig, das im Augenblick durch die Gegner des parlamentarischen Systems, Nationalsozialisten und Kommunisten, in Frage gestellt ist.

Nazi-Inhalt im Unrecht

Oberlandesgericht entscheidet gegen Freyberg

Deffau, 1. Dezember.

Der nationalsozialistische Ministerpräsident Freyberg in Unhalt hat jetzt vor dem Oberlandesgericht in Raumburg in der kurzen Zeit seiner sechsmonatigen Regierung die vierte Niederlage erlitten, weil er politische Maßnahmen getroffen hat, ohne sich um deren rechtliche Zulässigkeit genügend zu kümmern.

In Deffau war der langjährige sozialdemokratische Stadtverordnete Sinzel zum besetzten Stadtrat gewählt und von der damals amtierenden Regierung bestätigt worden. Am 1. Januar 1932 trat er sein Amt an. Im Juli 1932 widerrief die inzwischen ans Ruder gekommene Rechtsregierung unter der Verantwortung des Ministerpräsidenten Freyberg die Bestätigung des Stadtrates Sinzel und entthob ihn seines Amtes. Gegen diesen juristisch nicht vertretbaren Akt der politischen Rahregulierung klagte Stadtrat Sinzel und beantragte durch eine einstweilige Verfügung, ihm bis zum Austrag dieses Streitfalls einen Teil seines Gehaltes zu zahlen. Das Landgericht in Deffau gab diesem Antrage statt und bewilligte Sinzel die Hälfte seines Monatsgehältes. Nach dieser ersten Niederlage Freybergs ist nun in der gleichen Sache die zweite Niederlage erfolgt. Die beim Oberlandesgericht in Raumburg eingelegte Berufung gegen die für Sinzel günstig ausgegangene einstweilige Verfügung ist verworfen worden. Danach ist nicht mehr zweifelhaft, daß in der Hauptsache genau so entschieden wird wie in dem Verfahren um die einstweilige Verfügung und Freyberg sich demnächst eine neue Niederlage holen wird.

Nach wieder erheben zu lassen. Aber nicht in der gleichen Höhe wie im Vorjahr, sondern zu erhöhten Sähen, und zwar statt 4 Proz. im Vorjahr 6 Proz. der Friedensmiete!

Furcht vor dem Staatsstreich im „Völkischen Beobachter“

Im Novemberheft des Organs der Konfessionen wird unter den programmatischen Forderungen verlangt, daß „unter allen Umständen“ die Wahl des Reichspräsidenten bzw. des Reichsverwehlers fortfallen soll und unbedingte Gewähr für die Person des Nachfolgers Hindenburgs geschaffen werden müsse, daß die Institution des Reichspräsidenten keinesfalls zu einer neuen Stütze der Republik werden dürfe, sondern daß der Reichspräsident sich lediglich als Plaghalter für die Erbmonarchie der Hohenzollern zu fügen habe.

Diese unerschämten Forderungen eines kleinen Klüngels von Konservativen finden ihre schärfste Zurückweisung im verfassungstreuen — „Völkischen Beobachter“, der sie „ungewöhnlich dreiste Staatsstreichpläne“ nennt, die zugunsten „deutschnationaler Postenjäger“ ausgeheckt wurden. Gibt es so etwas überhaupt? Das ist doch eine Domäne der „Marristen“? Aber der „Völkische Beobachter“ fährt während fort:

„Man fragt sich, ob diese Herrschaften wahnwitzig geworden sind, ob sie den letzten Rest von Verantwortungsgefühl gegenüber Deutschland verloren haben. Jedenfalls warnen wir jene, die in Berlin noch immer nicht die einzig mögliche Folgerung in bezug auf die deutsche Freiheitsbewegung gezogen haben.“

Ach so — wenn Hitler der „Vertreter“ werden könnte, da ginge es noch an. Sonst aber „Staatsstreich“, „Postenjäger“, „Wahnwitzige“. Die schönste nationale Kongestion!

Es dämmert

Wahniederlage der Nazis

Bei den bayerischen Studentenkammerwahlen erlitten die Nationalsozialisten erhebliche Niederlagen. An der Uni-

versität München verloren sie fast 500 Stimmen; auch die Liste der ihnen nahestehenden nationalsozialistischen Korporationen hatte gegenüber dem Vorjahr eine Einbuße von rund 400 Stimmen.

An der Technischen Hochschule München beträgt der Verlust der vereinigten Nazi- und Waffenringstudenten rund 600 Stimmen und zwei Mandate. Am deutlichsten ist der Rückgang der nationalsozialistischen Studentendbewegung an der Universität Würzburg sichtbar geworden. Dort erhielt die vereinigte Liste der Nationalsozialisten und der Waffenstudenten nur noch 10 Siege gegenüber 14 der letzten Wahl.

Einen beachtlichen Erfolg errangen die republikanischen und die kommunistischen Studenten. Die bisherige absolute Mehrheit der nationalsozialistischen Studenten ist besonders auch durch das Anwachsen der katholischen Stimmen überall gebrochen. Mit erfreulicher Deutlichkeit rückt die Mehrheit der Studentenschaft von der nationalsozialistischen Krawall- und Terrorpolitik ab.

Besuch russischer Ärzte. In diesen Tagen ist eine Delegation russischer Ärzte nach Berlin gekommen, um wissenschaftliche Verhandlungen zu führen. Einige kommunistische Blätter begleiten diese Tatsache mit Kommentaren über „Triumphe der Somajmediziner“. Wir freuen uns mit ihnen über jeden Fortschritt, den die Medizin in dem gesundheitlich früher arg vernachlässigten Lande macht. Aber all die papiernen Entfindungen schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Volkskommisare selbst, wenn sie frant werden, nach Deutschland zu deutschen Ärzten gereist kommen — von Krassin und Tschitscherin bis Lunarscharski — oder daß sie deutsche Ärzte nach Moskau holen, wie Dentin und Stalin, die bekanntlich von Berliner Kapazitäten, wie Prof. Borchardt und anderen behandelt wurden.

Die neue belaische Kammer besteht aus 79 Katholiken (+ 3), 24 Liberalen (— 4), 73 Sozialisten (+ 3), 8 Nationalen Nationalisten (— 2), 3 Kommunisten (+ 2). Insgesamt 187 Abgeordnete.

Wissen Sie's schon?

Sunlicht Seife 10 Pfg.

NEU! 10 Pfg.-Packung NEU!

Doppel 27 Pfg. Block 23 Pfg.



Schreckensurteil des Sondergerichts

Anderthalb Jahre Zuchthaus gegen eine Frau — Privatzeugen gelten nichts

Das Sondergericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Toll fällt gestern gegen eine Frau Strauß ein Urteil, das nach dem Verlauf der Beweisaufnahme völlig überraschend kam. Es erscheint um so unmöglicher, wenn man es dem Freispruch gegenüberstellt, das vor wenigen Tagen unter noch schwierigeren Umständen gegen zwei Männer gefällt wurde.

Am 6. November, dem Bahntag, befand sich Frau Strauß, Mutter zweier Kinder, in Gesellschaft ihrer Freundin auf dem Wege zu ihrer Schwester in Friedenau. Gegen 15 Uhr wurde sie durch einen Menschenauflauf in der Nähe des Rummels in der Brunnenstraße von ihrer Freundin getrennt. Sie blieb einen Augenblick stehen in der Hoffnung, die Freundin wiederzufinden, sah einen Bekannten per Rad die Straße entlangfahren, rief ihn an und machte ihm

mit der erhobenen rechten Hand Winkzeichen.

Im selben Augenblick fuhr ein Wagen der Straßenbahnlinie 74 heran. Der Bekannte entschwand ihren Blicken, sie wandte sich zum Gehen und hatte erst einige Schritte gemacht, als sie von Polizeibeamten verhaftet wurde. Sie habe gegen den Straßenbahnwagen einen Stein geschleudert, wurde ihr erklärt, so schilderte sie den Vorgang vor dem Sondergericht. Der Schupowachmeister und der Polizeimajor behaupteten aber mit größter Sicherheit, daß die Angeklagte gegen den Straßenbahnwagen einen Stein geschleudert, der die Scheibe zertrümmert und eine Frau verletzt habe. Sie fänten sich unter keinen Umständen irren. Die Frau habe allein gefanden, habe ein rotes Köppchen getragen und sei nach dem Steinwurf ruhig weitergegangen.

Die Leiterin des Hauses des Kindes in der vorjährigen Ausstellung Lust, Licht und Sonne erklärte Frau Strauß einer Tat des Fanatismus für unfähig. Und was sagten die Zeugen, die den Vorgang selbst beobachtet hatten? Der Radfahrer, der von der Angeklagten angerufen worden war, hatte seinen Namen rufen hören, sich umgewandt und deutlich gesehen, wie Frau Strauß ihm Winkzeichen machte. Im selben Augenblick sei die Straßenbahn herangekommen und er sei von ihr getrennt worden. Ein völlig unbestimmter Zeuge hatte Frau Straußs Anruf: Hallo! gehört, er hatte sie im Auge behalten bis zum Augenblick, als die Straßenbahn heranfuhr und die Fenster Scheiben trachten.

Als der Polizeibeamte Frau Strauß verhaftete, sagte er sofort: Die Frau hat nicht geworfen.

Wohl hatte er aber eine Gruppe junger Leute bemerkt, die Riefen riefen. Zwei junge Mädchen befanden, die Steine seien aus einer Gruppe junger Leute geworfen worden; sie hätten sich gemündert, daß gerade die Angeklagte verhaftet worden sei.

So standen also die Aussagen dieser vier Zeugen den Aussagen der beiden Polizeibeamten gegenüber. Das Gericht erklärte aber die erstere für bedeutungslos, da aus ihnen der eigentliche Vorgang des Steinerschleuderns nicht zu erhellen sei. Die Aussagen der Beamten seien über allem Zweifel erhaben. Allerdings erscheine die Tat der Angeklagten grundlos. Das Urteil lautete auf anderthalb Jahre Zuchthaus wegen Transportgefährdung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung.

Das Gericht glaube hier den Nationalsozialisten, nicht den Polizeibeamten.

In diesem Falle war es umgekehrt. Weshalb? Es gibt nur ein Mittel, den Opfern des Sondergerichts zu helfen: nämlich durch eine Amnestie den Frevel an ihnen gutzumachen.

Schindluder mit dem Recht

Der flüchtige Nazi-Abgeordnete

Essen, 1. Dezember.

Vor dem Essener Sondergericht stand zum dritten Male Termin gegen fünf Nationalsozialisten, darunter den Reichstagsabgeordneten Bergmann Schmidt,

an wegen Landfriedensbruchs, versuchten Totschlags usw. Schmidt hatte sich bekanntlich selbst bezichtigt, bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten im Juli dieses Jahres in Bottrop Schüsse abgegeben zu haben, durch die zwei Kommunisten erheblich verletzt wurden, und durch den Verteidiger erklären lassen, daß er sich dem Gericht stellen werde. Schmidt erschien aber weder zum ersten, noch zum zweiten, noch zum dritten Termin. Der Verteidiger beantragte Haftentlassung des noch in Haft befindlichen Hauptangeklagten Kondura, ferner freies Geleit für Schmidt, damit er in seiner Abgeordneteneigenschaft nach Berlin, München usw. ungehindert reisen könne, um nicht der Gefahr einer Verhaftung auf Grund des Haftbefehls ausgesetzt zu sein.

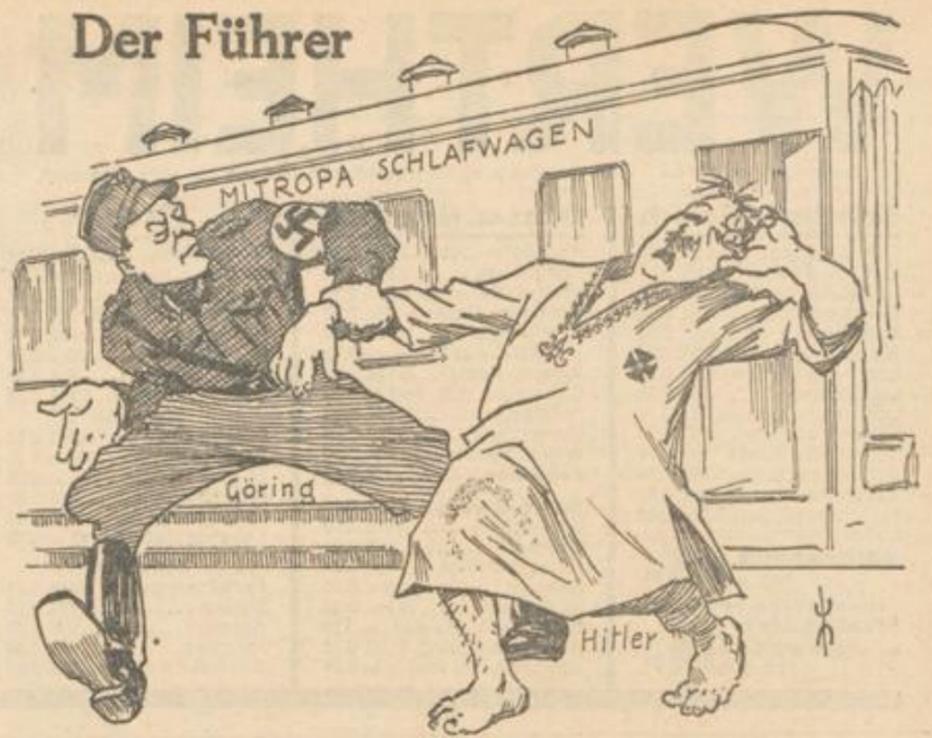
Der Vorsitzende des Sondergerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Kroener, verkündete nach kurzer Beratung folgenden Befehl: „Schmidt habe die Verpflichtung, wie jeder Angeklagte vor Gericht zu erscheinen. Er müsse also, wenn er nicht rechtzeitig komme, die Folgen tragen. Der Antrag, Schmidt freies Geleit zuzusichern, wurde abgelehnt. Gegen Schmidt läuft Haftbefehl. Wenn er diesem nicht Folge leistet, so sei das eine Verhöhnung des Gerichts, die es sich nicht gefallen lassen kann. Er müsse in Kauf nehmen, daß er auf irgendeine Weise gefaßt und in Untersuchungshaft genommen wird. Man müsse berücksichtigen, in welcher Weise Schmidt mit dem Gericht gespielt habe: Am ersten Tage war er als Zeuge da, am zweiten Tage bezichtigte er sich selbst der Tat und bot um neuen Termin. Er würde bestimmt kommen. Drei bis vier Tage vor dem neuen Termin meldete er sich krank. Das Gericht lasse nicht darauf mit sich spielen. Wenn alle Nachmittage in gehöriger Weise ausgenutzt würden, dann könne Schmidt jedenfalls gefaßt werden. Der Hauptangeklagte Kondura, der nach der Erklärung Schmidts unschuldig sein soll, bleibe in Haft.“ Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Frondeure

Freche Drohungen der Agrarier

Die Organisation der nationalsozialistisch verfeuchten Landwirtschaftskammern, der Deutsche Landwirtschaftsrat, fordert von dem künftigen Reichsernährungsminister eine sofortige Durchführung der agrarischen Kontingente. In einer Entschließung heißt es, daß das bisher amtierende Reichskabinett durch den Mund des Reichsernährungsministers feste und hin-

Der Führer



„Aussteigen, Hitler, raus!“ — „Ja, wieso denn, wohin denn?“ — „Geht Sie gar nichts an, dazu sind Sie der Führer, daß Sie mir zu folgen haben!“

dende Zusagen wegen der Drosselung unnötiger Auslandsimporte gegeben habe und daß diese Zusagen nicht eingelöst worden seien. Der Ständige Ausschuß des Landwirtschaftsrats stellt hierzu fest, daß die Empörung in allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft dieserhalb aufs höchste gestiegen ist.

Weiter heißt es, daß die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit in scharfer Opposition zu jedem Reichskabinett treten würde, das nicht unverzüglich die Kontingentierungspolitik durchführt. Jeder Reichsernährungsminister müßte sich auf die Opposition der Landwirtschaft gefaßt machen, wenn er nicht seinen Eintritt in das Kabinett von der vorherigen Sicherstellung (!) der Kontingentierungsforderungen abhängig mache.

Diese massiven Drohungen der Agrarier sprechen für sich selbst. Die Herren vom Landwirtschaftsrat, die keineswegs für die gesamte Landwirtschaft sprechen, und nur einen winzigen Bestandteil des deutschen Volkes vertreten, sollen sich aber gefaßt sein lassen, daß jede Regierung, die es wagen würde nach Papenschem Muster durch Kontingentdrohungen den deutschen Export zu zerlegen und eine antideutsche Einheitsfront im Auslande zu schaffen, nicht nur auf den schärfsten Widerstand der Verbrauchermassen, sondern auch sämtlicher Wirtschaftsgruppen in Deutschland stoßen würde.

Heimwehr-Fey provoziert

Großer Sturm im Nationalrat

Wien, 1. Dezember.

Im Nationalrat hatten die Sozialdemokraten eine dringliche Anfrage gegen die militärischen Übungen des Heimwehrstudentenkorps eingebracht. In seiner Antwort erklärte Heimwehrstaatssekretär Fey, das Studentenkorps habe sich niemals gegen die Staatsgewalt gewandt, dagegen habe der Republikanische Schutzbund am 15. Juli 1927... Der Staatssekretär konnte seinen Satz nicht beenden. Auf den sozialdemokratischen Bänken erhob sich ein derartiger Lärm durch Schreien, Schlägen mit den Vultbedeln und Trommeln mit den Fäusten, daß kein Wort mehr verständlich war. Präsident Dr. Renner unterbrach die Sitzung. In der Pause trat eine O. M. Konferenz zusammen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verteilten die Sozialdemokraten für die Dauer der Rede Feys den Saal. Die Sitzung wurde dann nach Erledigung belangloser Dinge geschlossen.

Der Versuch des Fey, von den Bürgerkriegsrüstungen der Heimwehr durch eine Hejerei gegen den Republikanischen Schutzbund abzulenken, mußte die Sozialdemokraten um so mehr empören, als der Schutzbund am 15. Juli 1927 — leider — gar nicht aufgebunden war. Der Protestmarsch gegen die Freisprechung der Arbeitermörder von Schattendorf war eine so elementare Antwort der Arbeiterklasse, daß alle Welt davon überrascht wurde. Als aber die Polizei bereits geschossen hatte, daraufhin Feuer in den Justizpalast geworfen und in aller Eile ein kleiner Schutzbundtrupp herbeigebracht worden war, warf er sich mit fast übermenschlicher Energie zwischen die Waffen, um der Feuerwehr Durchfahrt zu verschaffen. Es gelang weder ihm noch dem Bürgermeister Zeit.

Das war die Tätigkeit des Schutzbundes an dem furchterlichen 15. Juli 1927. Trotz starker Provokation der Arbeiterschaft durch das beispiellos brutale Vorgehen der Polizei und trotz vieler Aufforderungen ihrer Genossen haben die Schutzbündler nirgends sich der schließenden Polizei entgegengestellt. Wenn nach alledem und fünfzehn Jahren später man den Schutzbund öffentlich zu verleumben sucht, tun dabei anwesende Sozialdemokraten nur das Selbstverständliche, indem sie die Verleumdung erziehen.

Bomben in Agram. Auf einer leeren Baustelle in der Hauptstadt Kroatiens in einem unbewohnten Straßenteil explodierten mehrere Bomben, ohne Schaden anzurichten.

195 Verhaftungen hat die Warschauer Polizei bei der Auflösung einer Kommunistenversammlung vorgenommen.

Hierzu 2 Beilagen

Sowjetunionerlaubt Auswanderung

Hohe Gebühr in Devisen

Moskau, 1. Dezember.

Auslandsreisen von Sowjetbürgern waren in den letzten Jahren, abgesehen von seltenen Ausnahmen, auf sogenannte „Kommandierungen“ (Reisen im staatlichen und dienstlichen Auftrag oder im Parteinteresse) beschränkt. Nur ausnahmsweise wurde Sowjetbürgern gestattet, Sowjetrußland für immer zu verlassen und nur gegen eine hohe Bausatzgebühr. Diese Ueberhebung ist jetzt erloschen. In der „Iswestija“ vom 30. November erschien folgende Anzeige:

Das staatliche Reichsbüro „Intourist“ gibt bekannt, daß es Aufträge übernimmt, Ausreisepapiere für Personen zu beschaffen, die dauernd im Ausland Aufenthalt zu nehmen wünschen.

Die Kosten der Erledigung werden vom „Intourist“ in ausländischer Währung erhoben. Die Gebühr für einen solchen Auslandsaufenthalt beträgt den Devisen-Bogenwert 500 Rubel für Werktätige, 1000 Rubel für andere. Zur Grundgebühr für den Paß kommt eine zehnprozentige Rotekreuzsteuer hinzu.

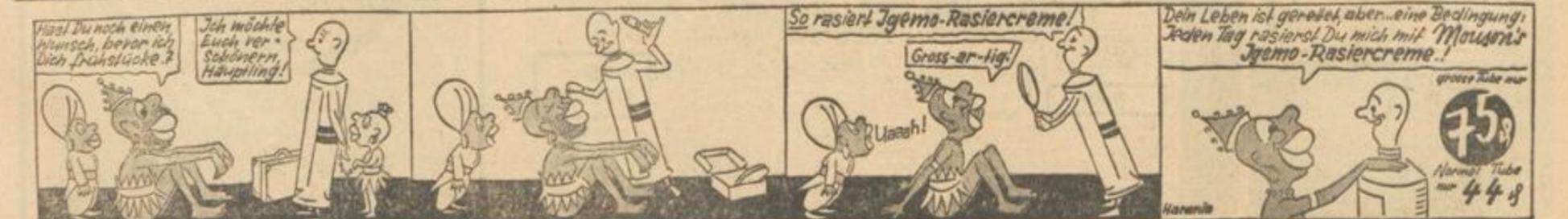
Diese Anzeige im Sowjet-Regierungsblatt ent-

hält nichts davon, daß der Ankauf von Devisen zur Bezahlung dieser Gebühren (und der Reisekosten an Grenze) erlaubt wird; bisher ist inländern Devisenankauf ebenso wie ihr Besitz strengstens verboten. Ohne solche Erlaubnis wird von diesem Angebot nicht Gebrauch gemacht werden können, dann aber würden auch diese Deviseneinnahmen ausbleiben.

Rundfunkrede Trotskis

Leo Trotzki hat am vergangenen Sonntag vom Kopenhagener Hauptpostamt für eine amerikanische Rundfunkgesellschaft eine Rede von 15 Minuten Dauer in englischer Sprache ins Mikrofon gesprochen. Er erinnerte dabei zunächst an seine New-Yorker Zeit, war aber sonstpolitisch sehr zurückhaltend und äußerte sich, ebenso wie in seinem Vortrag vor 5000 Hörern im Kopenhagener Stadion, vom historischen Standpunkt über die russische Revolution. Die Rede Trotskis wurde per Kabel über London an 140 Sender in USA. geleitet. Trotzki hat ein selbst für amerikanische Begriffe außerordentlich hohes Honorar erhalten, desgleichen auch für eine kurze Ansprache, die in einer amerikanischen Tonfilmwoche verwendet werden soll.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich dreimal, Sonntags und Montags einmal. „Illustrierte Sonntagsbeilage Volk und Welt“. Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (binnen 6 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Vierteljährig 8,25 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren. Zustellungsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnporto 4,65 M. Frei Haus der Einfuhr wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Erstattung. Anzeigenspreise: Die einseitige Blattwerbung 20 Pf., Reklamierseite 1,50 M. Kleine Anzeigen das fertige Blatt Wort 20 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Kabellaut Text Worte über 13 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Wilmersdorfer 20 Pf. Familienanzeigen Wilmersdorfer 16 Pf. Anzeigenannahme im Hausgeschäft 11. wöchentlich von 14 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor. Verantwortlich für Politik: Rudolf Besenbach; Wirtschaft: G. Klingelbein; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Religion: Herbert Kasper; Kulturelles und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Otto Beagel; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 Lindenstr. 2.



Berlins Haushaltsplan angenommen

Die Endabstimmungen — Vorher Krach der Tribüne auf Bestellung

Das Berliner Stadtparlament verabschiedete gestern den Etat für das laufende Haushaltsjahr. Die verantwortungsbewußten Fraktionen des Hauses bildeten bei den Endabstimmungen die Mehrheit. — Vorher gab es einen von den Kommunisten bestellten Krach auf der Tribüne.

*

Zu Beginn der Sitzung wurde die Aussprache über den Stadthaushalt fortgesetzt. Dabei wandte sich Stadtverordneter Schäfer (Soz.) mit größter Schärfe gegen das unverantwortliche Spiel, das die Kommunisten mit den BVG.-Arbeitern treiben. Schäfer stellte fest:

Der kommunistische Stadtverordnete Wisnewski hat in der Ausschusssitzung der BVG, die sich mit dem Verkehrsnetz beschäftigt, die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses ermuntert, für die kommunistischen Agitationsanträge zu stimmen mit dem Hinweis darauf, daß bei einer zu erwartenden Ablehnung dieser Anträge durch den Oberbürgermeister Sahm die Sozialdemokraten und Kommunisten keine Verantwortung mehr für die BVG-Arbeiter hätten.

(Stürmisches Hört, hört! bei den Soz.) Wisnewski hat auch mehrfach in seiner Eitredede den Personalchef der BVG, Heidenreich, als Sozialdemokraten bezeichnet, mit der Absicht, die BVG-Arbeiter gegen die Sozialdemokratie aufzuheizen. Heidenreich ist weder jezt Sozialdemokrat, noch ist er es jemals gewesen. Wisnewski, der schon seit Bestehen der BVG Ausschusssitzungsmittglied ist, weiß das; er hat also wider besseres Wissen in der Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlung diese Behauptungen aufgestellt. (Wiederholtes Hört, hört! bei den Soz.)

Es sprachen dann in der Debatte noch die Stadtverordneten Weinitschke (Christl. V.), Schwenk (Komm.) und Merkel (Dnat.). Verbunden mit der Haushaltsberatung war die Aussprache über eine Vorlage des Magistrats, in der über die städtischen Gesellschaften und Betriebe und die Beteiligung der Stadt an Wirtschaftsbetrieben Auskunft gegeben wird. Der Magistrat erläuterte in der Vorlage gleichzeitig seine Absicht, gewisse Betriebe und Beteiligungen aufzugeben. Von den Rednern der bürgerlichen Parteien wurde teils die Aufzählung, teils die Nichtbeteiligung gefordert.

Um 19 Uhr begannen die

Abstimmungen

über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge zum Stadthaushalt und dann zu den Etatsteuern selbst. Dabei erklärte der Vorsteher Haf (Soz.), daß er eine Anzahl von Anträgen auf Grund der Notverordnung vom 2. November über die Haushaltsführung der Gemeinden nicht zur Abstimmung bringen könne. Die Notverordnung verlangt, daß bei Anträgen, die Ausgaben verursachen, auch durchführbare Deckungsvorschläge zu machen sind. Die Kommunisten beschimpften zwar den Vorsteher als „Wegbereiter des Faschismus“, weil er die — gewiß nicht begrüßenswerten — Notverordnung für sich als bindendes Gesetz bezeichnete, wonach zu handeln er verpflichtet ist.

Von den Kommunisten lagen allein 200 Anträge vor, von denen ein erheblicher Teil nicht zur Abstimmung kam. Als auch ein Antrag zur Frage der Kfz-Arbeiter diesem Schicksal verfiel,

lärmten kommunistische Tribünenbesucher so stark, daß der Vorsteher

die Tribünen räumen lassen mußte.

Die Sitzung wurde kurze Zeit vertagt; nach Wiederaufnahme der Verhandlungen verlangte der Kommunist Wisnewski die Wiederherstellung der Öffentlichkeit. Das lehnte der Vorsteher ab mit dem Hinweis darauf, daß nach seinen Informationen der kommunistische Stadtverordnete Grünberg auf der Tribüne die Anweisung gegeben habe, den Krach losgehen zu lassen.

Dann wurde die Mehrheit der Anträge abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Maßnahmen zum Schutze der Jugend verlangt und der im „Vorwärts“ bereits ausführlicher behandelt worden ist.

Die Annahme des Etats

In der Gesamtabstimmung wurde der Stadthaushalt nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Staatspartei, die

Volksparteier, das Zentrum, die Bürgerliche Vereinigung und die Stadtverordneten des Christlichsozialen Volksdienstes. Der Stadthaushalt wurde in Einnahme und Ausgabe mit ungefähr einer Milliarde Mark festgesetzt, genau 989 966 340 Mark. Einstimmige Annahme fand eine Entschlieung, die u. a. vom Reich die Zuweisung ausreichender Mittel verlangt, andernfalls die Stadtverordneten jede Verantwortung ablehnen müßten. Angenommen wurden auch die Vorschläge des Magistrats und die Beschlüsse des Ausschusses in der Frage der Beteiligung an Wirtschaftsbetrieben, ebenfalls das Verlangen des Magistrats nach Zustimmung zur Aufnahme von Kassenkrediten zur vorläufigen Abdeckung des rechnungsmäßigen Fehlbetrages im Stadthaushalt für 1930 in Höhe von 63,5 Millionen Mark. Schluß der Sitzung gegen 21 Uhr.

*

In der kommenden Woche finden weder Fraktions- noch eine Stadtverordnetenversammlung statt. Die 148 Bemerkungen für die drei Stadtratsposten hatte das Haus einem besonderen Ausschuss zur Nachprüfung übersandt.

Paßfälscher in Berlin

Zentrale in Wilmersdorf ausgehoben

Von der Politischen Polizei ist, wie erst jezt bekannt wird, zu Beginn der Woche eine Paßfälscherzentrale größter Stills ausgehoben worden. Nach dem bisher vorliegenden Untersuchungsergebnis handelt es sich um ein Unternehmen, das die Fälschung von Pässen, Geburtsurkunden, Taufheinen usw. im großen betrieb. Eine außerordentlich große Zahl von Stempeln deutscher und ausländischer Polizeibehörden wurde beschlagnahmt. Es sind bereits mehrere Festnahmen erfolgt.

Die Paßfälscherwerkstatt befand sich in einer Wohnung in der Kaiserallee, wo die Fälscher ungestört arbeiten konnten; sie hatten in einer Wohnung ein Zimmer gemietet, das sie unter dem Deckmantel eines Büros benutzten. Niemand ahnte etwas von dem gefährlichen Treiben der Mieter. Schließlich erhielt die Polizei einen Wink und als mehrere Beamte der Politischen Polizei überraschend in der Kaiserallee erschienen, trafen sie mehrere Personen an, die zur Fälscherbande gehörten. Ein ganzes Arsenal von in- und ausländischen Polizeistempeln, Behördenstempeln und gefälschten amtlichen Formularen wurde beschlagnahmt. Außerdem wurde eine Reihe von kommunistischen Abzeichen gefunden.

Die Nachforschungen der Politischen Polizei, die offenbar durch Indiskretionen vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt sind, haben natürlich die Hintermänner gewarnt und man muß abwarten, was bei der weiteren Untersuchung herauskommen wird.

*

In dem amtlichen Bericht der politischen Polizei, der noch gestern abend herausgegeben wurde, heißt es, daß monatelang nach der geheimen Paßfälscherzentrale geforscht worden ist, ohne daß zunächst ein Erfolg zu verzeichnen war. Erst als am 26. November Beamte der politischen

Polizei in der Kaiserallee 48a eine Hausdurchsuchung nach verbotenen Schriften vornahmen, stieß man auf die Paßfälscherzentrale. In der Fälscherzentrale wurden zwei Leute, Karl Wiehn und Erwin Koblert, angetroffen, die gerade mit der Herstellung gefälschter Pässe beschäftigt waren. Wiehn hatte sich unter dem falschen Namen „Berthold Turgel“ im östlichen Berlin polizeilich gemeldet. Beide trugen kommunistische Parteiabzeichen und hatten kommunistische Schriften bei sich. Wiehn, der vermutlich Leiter des Fälscherbüros hat unter den Namen „Turgel“ mit einem gefälschten Paß Reisen nach Frankreich, nach der Tschechoslowakei und nach Rußland unternommen. Es wurden 2000 Behördenfaksimile und Prägestempel in- und ausländischer Polizei, von Kirchen- und Paßbehörden gefunden. Ferner wurden ganze Bogen in- und ausländischer Paßgebührenmarken im Wert von mehreren tausend Mark beschlagnahmt. In einem Schrank befanden sich Chemikalien, mit denen die Fälscher bei ihren „Arbeiten“ operierten und vornehmlich auf alten Pässen die Schrift entfernten und dann für ihre Zwecke umfälschten. Wie mitgeteilt wird, soll die Paßfälscherwerkstatt noch an Umfang die im Oktober 1924 in Neukölln ausgehobene Fälscherzentrale weit übertreffen.

Die Stimme der Mieter

Kürzlich hielt der Bund deutscher Mietervereine in Dresden eine außerordentliche Tagung ab. Die Stellung der Mietergesellschaft zu der Wohnungs- und Mietpolitik der Reichsregierung wurde beraten. In der Aussprache wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß das Mißverhältnis zwischen den gesunkenen Einnahmen und der derzeitigen Mieten sich unheil-

voll auswirke und daß der Mangel an geeigneten Klein- und Mittelmwohnungen noch sehr empfindlich sei.

Im Sitzungssaal des Landtagsgebäudes wurde eine öffentliche Kundgebung durchgeführt, auf der der Bundesvorsitzende Herrmann (Dresden) zu den schwebenden Fragen der Wohnungs- und Mietpolitik sprach. Jährlich müsse eine Summe von mindestens einer Milliarde Mark, die in den Wohnungsmieten stecke, zur Instandhaltung der Häuser verwendet werden. Die Hauszinssteuer sollte in Höhe von mindestens zwei Milliarden für Wohnungsbau und Siedlung bereitgestellt werden. Die sogenannte freie Wohnungswirtschaft habe sich schon vor dem Kriege als untauglich und als abträglich für eine gesunde Entwicklung unseres Volkes erwiesen. In einer Entschlieung forderte die Mieterschaft sodann eine volksverbundene Regierung, die von der Erkenntnis durchdrungen sei, daß der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur gelingen könne, wenn er auf den Grundlagen eines sozial gerechten Ausgleichs vollzogen werde.

Standmieten billiger

Teilweise Senkung

Der Oberbürgermeister läßt der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Kenntnisnahme über die Senkung der Standmieten in den Zentralmarkthallen zugehen. Danach sollen die Standgelder für Kolonialwaren, Fettwaren und Zuckerwaren in den Zentralmarkthallen auf 35 Pf. und in den Außenmarkthallen auf 25 Pf. festgesetzt werden. Die entsprechenden Tagesstandgeldsätze betragen in den Zentralmarkthallen 45 und in den Außenmarkthallen 35 Pf.

In der Vorlage wird mitgeteilt, daß dem Ersuchen der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Oktober 1932, die Standmieten in den Zentralmarkthallen sowie die Standmieten für Fett- und Kolonialwarenhändler den übrigen Standmieten anzugleichen, der Magistrat nicht entsprechen könne, da der eintretende Anstieg in Höhe von 625 000 M. für den Haushalt nicht tragbar wäre. Die Mindereinnahme würde ca. 23 Proz. des Jahreseinnahmesolls ausmachen. Dagegen sei er bereit, einem Beschlusse der Deputation für das Markthallen- und Marktwesen zu folgen und das Standgeld für Fettwaren (Butter, Schmalz, Margarine und Pflanzenfette), Mühlenfabrikate und Zuckerwaren in den Zentralmarkthallen von 45 auf 35 Pf., in den Außenmarkthallen II bis XIV von 30 auf 25 Pf. herabzusetzen, da diese Händlergruppen eine Ermäßigung bisher nicht erhalten haben.

Japan wrackt Luftschiff ab

Isofo, 1. Dezember.

Das Marineministerium hat beschlossen, das Marineluftschiff VII, das einzige japanische Luftschiff, abzumrakten. Als Grund werden die hohen Reparaturkosten und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Nachfüllung von Gas angegeben. Infolge dieser Entscheidung wird die Luftschiffhalle, die den „Graf Zeppelin“ während seines Fluges um die Welt beherbergte, geschlossen werden.

Schließung einer Schulkasse wegen Diphtherie. Der zuständige Kreisarzt hat die Schließung der 7. Klasse der 238. Gemeindeschule in der Pappelallee 41/42 im Norden Berlins wegen mehrerer Diphtherieerkrankungen für die Zeit vom 1. bis 4. Dezember angeordnet.



Erfolg verpflichtet.

das Erreichte mit Aufbietung aller Kräfte zu sichern.

Deshalb ist unser ganzes Streben darauf gerichtet, auch weiterhin in

JUNO

dem Raucher eine Cigarette hoher Qualität und gleichmäßiger Frische zu verbürgen.

Dies verlangt den Ausschluß unsachlicher Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerereien.

So wahrt Juno ihren Ruf!



Aktion der Steuerdrückeberger

Grundbesitzer hetzen gegen den Stadtkämmerer

„Herr Ach fällt die Stadtkasse! Keine Steuerstundung für Steuergutsheimberechtigte? Eine seltsame Verfügung des Berliner Stadtkämmerers.“ Unter diesen knalligen Schlagzeilen reitet der deutschnationale Vorsitzende der Grundbesitzervereine, Herr Meng, in Hugenbergs Zeitschrift „Das Grundeigentum“ eine wilde Attacke gegen den Kämmerer Ach. Er wirft ihm schände Sabotage der wohlwollenden Ankurbelungsabsichten der Reichsregierung vor und fordert sofortiges Einschreiten der „zuständigen“ Stellen, wobei er höflicherweise je nach Gefallen dem Reich oder dem Lande den Vortritt läßt.

Womit hat sich der Stadtkämmerer diesen Zorn des Grundbesitzgewaltigen verdient? Er hat angeordnet, daß bei Steuerstundungen in Zukunft der strengste Maßstab angelegt wird und daß insbesondere das einmalige Anrecht des Stundungsuchenden auf Steuergutsheime bei der Prüfung seiner Wirtschaftslage entscheidend zu berücksichtigen ist. Also eine Verfügung gegen Steuerdrückeberger. Denn Steuergutsheime sind bekanntlich Geldwert, und wer von ihnen ein erhebliches Quantum besitzt, ist keines-

falls als bedürftig anzusprechen. Es ist alte Vorschrift, daß bei Steuerstundungen die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse zu prüfen sind. Diese Prüfung ist bisweilen sehr schwierig, bei den Steuergutsheimen, die von der Steuerbehörde selbst ausgegeben werden, verhältnismäßig leicht. Das ist des Pudels Kern. Und daher der Zorn. Herr Meng möchte eine solche Nachprüfung als Sabotage der Wirtschaftsankurbelung angesehen wissen.

Denn selbstverständlich wollen alle Grundbesitzer ihre Steuergutsheime entsprechend den Wünschen der Reichsregierung ausschließlich für Reparaturen verwenden. „Aus technischen Gründen“, wie es so schön in der Notverordnung hieß, konnte der Steuernachschuß nicht unmittelbar abhängig gemacht werden von der Vornahme solcher Reparaturarbeiten, aber die Regierung erwartet, daß die freigewordenen Beträge diesem Zwecke zugeführt werden“. Die Hausbesitzer wollen diese Erwartung erfüllen. Selbstverständlich. Wer hat je daran gezweifelt! Sie wollen mit den Steuergutsheimen ausschließlich Arbeit schaffen, und sie wollen nebenbei

ihre fälligen Steuern nicht bezahlen. Das letztere ist sicher und das erstere nicht zu kontrollieren. „Aus technischen Gründen.“ Aber Steuergutsheime dürfen jedenfalls nicht als veräußerliches oder beleihbares Papier gewertet werden. Ein Hausbesitzer bleibt auch im Besitz kostbarer Steuergutsheime ein bedürftiger Mann. Und die Stadt muß auf ihre Steuern warten. Wohlgerichtet: Die Stadt will nicht etwa die Steuergutsheime zurückhalten und anrechnen, wie es die Finanzämter bei ihren Steuerhuldnern tun, sondern sie nur als Kennzeichen für die Vermögenslage des Schuldners betrachten.

Aber auch das soll nicht sein. Und so etwas wagen die Grundbesitzer zu verlangen angesichts der Finanzlage der Stadt, angesichts des letzten Sparerlasses, der deutlich zeigt, daß Berlin nur noch die allernotwendigsten Ausgaben leisten kann, weil seine Kassen leer sind. Da will man die Stadt zwingen, auf den rechtzeitigen Eingang ihrer Steuern zu verzichten — selbst von Leuten, die nachweislich zahlen können. Ein herrliches Beispiel für die Steueramoral des Haus- und Grundbesitzes.

Rationaltänze bewährte sich auch hier. Die „Tanzgruppe der Städtischen Oper“ und die „Berliner Tanzgruppe“ leisteten Vorzügliches, unterstützt nicht zuletzt durch ausermählte wundervolle Kostüme, und die jungen Zuschauer konnten von diesem Augenchaus gar nicht genug bekommen. Mit den schönen alten volkstümlichen Chorwerken wäre das Gesamtwerk wert, weitesten Kreisen der Berliner Bevölkerung, besonders aber den ohne Freude dahinlebenden Arbeitlosen zugänglich gemacht zu werden.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Wolkig und im ganzen milder als bisher, südwestliche bis westliche Winde. — In Deutschland: Im Nordwesten etwas Regen und bewölkt, in Mitteldeutschland wolkig und milder, im Osten keine Veränderung, im Süden trübe, im Alpenvorland Regen.

Eine Antikriegs-Kundgebung des Weddingener Reichsbanners wird am kommenden Sonntag im Filmpalast „Alhambra“, Müller-Edel-Seelestraße, durchgeführt. Der Kriegsfilm „Westfront 1918“ gelangt zur Vorführung. Die Veranstaltung wird von musikalischen Darbietungen umrahmt. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pf., Kassenöffnung 11 Uhr, Beginn 11 1/2 Uhr.

25jähriges Dienstjubiläum. Heute kann der Landtagsobergehilfe Friedrich Bode, der in der Garderobe der sozialdemokratischen Fraktion tätig ist, auf eine ununterbrochene 25jährige Tätigkeit im Preussischen Landtag zurückblicken.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert heute das Ehepaar Roman in Schöneberg, Hawaldstraße 10.

Ein lustiges Gaskoch-Kolleg

Der Hausdienst der Gasag, das sind all jene hübschen weiblichen Wesen, die jeden häuslichen Schaden an Gasapparaten sachmännlich und rasch zu beheben trachten, veranstaltete im Kriegervereinshaus, Chausseestraße, einen lustigen Märchenabend. Nachdem die „Gastanten“ sich jetzt durch Kochführungen und sachmännliche Vorträge in den Schulküchen auch schon der künftigen Hausfrauen bemächtigt, haben sie sich für ihre jüngsten Schülerinnen ein nettes Weihnachtsmärchen für die Bühne ausgedacht. Die kleine Hella wünscht sich zu Weihnachten solch schönen Brot- und Backwaren, der all die wohlwollenden Dinge zutage fördert, die sie im hauswirtschafterischen Schulunterricht zu kosten bekam. Durch Vermittlung des Weihnachtsmannes geht ihr Wunsch in Erfüllung und der blühende neue Dien streift gleich einem Tischlein-deck-dich zur Erhöhung der Festesfreude von knusprigen Pfannkuchen. Was auf der Bühne im Spiel gezeigt wurde, ging in der Pause als praktische Demonstration im Saal vor sich. Die kleine Gesellschaft war ganz Auge und Ohr und zum Schluß gab es zur Belohnung ein paar süße Weihnachtsbrotchen. Am Abend stieg dann für die Großen ein launiger Belehrungskursus: „Achtung, wir drehen einen Film.“

In wenig Worten

Am Donnerstagvormittag rotteten sich etwa 200 Mitglieder des Freiwilligen Arbeitsdienstes, die ihre Arbeit niedergelegt hatten, vor dem Rathaus in Rowa zusammen. Sie verlangten im Sprechchor Lohnzulagen und warme Kleidung für den Winter. Da die Lage für das Rathaus bedrohlich wurde, ließ die Stadtverwaltung die Polizei herbeirufen.

Im Dorfe Santa Sativa del Norte in Kolumbien forderte finstere Aberglaube drei Todesopfer. Eine alte Frau, die dort mit zwei Töchtern in einer Hütte lebte, war bei den Dorfbewohnern in den Verdacht geraten, daß sie hetzen könne. Die Nachbarn steckten infolgedessen nachts die Hütte in Brand. Die drei unglücklichen Frauen, die schlafend von den Flammen überrocht wurden, verbrannten bei lebendigem Leibe.

Der 17jährige Kassenbote einer Fabrik in Halle wurde gestern mittag von zwei Männern im Alter von etwa 25 Jahren überfallen und niedergeschlagen. Die Räuber schnitten die an dem Rade des Ueberfallenen befestigte Geldtasche, in der sich 1600 M. Lohngehälter befanden, ab und flüchteten auf ihren Rädern.

Durch eine schwere Explosion in dem Kohlenbergwerk River Hebert wurden, wie aus Halifax (Neuschottland) gemeldet wird, fünf Mann getötet. Die Explosion wurde durch Ueberspringen von Funken von einem Elektromotor verursacht.

Unter der Bevölkerung von Montreal entstand in der Nacht zum Donnerstag eine Panik. In den Hauptstraßen der Stadt ereig-

neten sich aus bisher noch unbekannter Ursache mehrere schwere Explosionen der Gasleitungsröhren. Die ganze Stadt war plötzlich in Dunkel gehüllt. Die Explosionen rissen die Straßen auf, zertrümmerten die Fenster der anliegenden Gebäude und verursachten mehrere Brände. Die Flammen schossen bis zu 10 Meter in die Höhe. Ueber 20 Personen wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Geldbriefträger erschossen

Täter bereits dingfest gemacht

Frankfurt a. M., 1. Dezember. In einem Hause am Stieglerschlag im Stadtteil Bornheim wurde am Mittwoch kurz vor 2 Uhr der Geldbriefträger Hoffmann erschossen. Der Täter ist ein 19jähriger junger Mann namens Knirsch, der flüchtig ist; er wohnt mit seiner Großmutter in dem Hause Stieglerschlag 5. Der Geldbriefträger war sofort tot.

Der Geldbriefträger hatte eine kleine Rente an die Großmutter des Täters ausbezahlt, als er von diesem noch einmal in die Wohnung zurückgerufen wurde. In der Wohnung selbst hat dann der Entel der Rentnerin, der 19jährige Knirsch, dem Geldbriefträger eine Kugel in den Kopf gejagt, die den sofortigen Tod des Beamten zur Folge hatte. Knirsch raubte darauf 2500 M. und flüchtete. Der Geldbriefträger stand seit 1907 im Dienste der Oberpostdirektion Frankfurt.

Am Donnerstagnachmittag gegen 19 Uhr wurde Knirsch in Wiesbaden in der Wohnung eines Freundes durch Frankfurter Kriminalbeamte verhaftet. Knirsch ist verbestraft und hatte in der nächsten Zeit in Wiesbaden einen Termin wegen eines Raubüberfalles zu erwarten.

Der Mord bei Lübeck

1000 Mark Belohnung

Lübeck, 1. Dezember. Wie wir zu dem Raubmord an dem Bahnhofsvorsteher Stuhlmann in Bad Schwartau noch erfahren, muß der etwa 60jährige Mann beim Öffnen der Tür zum Dienstzimmer mit einem schweren spitzen Gegenstand aus Eisen, wahrscheinlich einer Spitzhade, niedergeschlagen worden sein. Nach Lage der Dinge ist anzunehmen, daß es sich um mehrere Täter gehandelt hat. Sie haben Stuhlmann nach der Tat in den Dienstsaal gezerrt und dort verbluten lassen. Nachdem sie ihm die Schlüssel zum Geldschrank abgenommen hatten, beraubten sie die Stationskasse um einen größeren Geldbetrag, dessen Höhe noch nicht feststeht, doch ist anzunehmen, daß es sich um einen weit höheren Betrag als 50 Mark handelt, da sich das Geld für die in den letzten Tagen gelösten Monatsraten ebenfalls in der Kasse befand. Die Täter haben dann die Tür verschlossen, das Licht ausgedreht und den Raum durch ein Fenster verlassen.

Die Regierung hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 1000 Mark ausgelegt.

Für etwa 20 000 M. Juwelen wurden gestern bei einem Einbruch in der Albrecht-Ahilles-Straße 12/13 erbeutet. Darunter befindet sich ein goldenes Zigarettenetuis, das mit 200 Brillanten und Edelsteinen besetzt ist. Bisher fehlt jede Spur von den Tätern.

Tanz und Chor im Wandel der Zeiten hieß eine Veranstaltung der Berliner Zentralen Schülerverwaltung, Abteilung für Schülerveranstaltungen, die am vergangenen Sonntag in der Städtischen Oper vor einem begeisterungstollen Publikum junger Menschen vor sich ging. Der alte ewig neue Zauber wahrer Volks- bzw.

Großer Konserven-Verkauf

GEMÜSEKONSERVEN	GEMÜSEKONSERVEN
Spargelabschnitte 1/2 Ds. 0.85	Jg. kl. Karotten 1/2 Ds. 0.65
Brechspargel o.Klg. Abzich. 0.95	Haushaltmisch. gehr. Erbs. 1/2 Ds. 0.38
Brechspargel dünn. 1/2 Ds. 0.83	Gem. Gemüse mittelk. 1/2 Ds. 0.88
Brechspargel mittel 1/2 Ds. 1.25	Gem. Gemüse fein. 1/2 Ds. 1.10
Brechspargel stark 1/2 Ds. 1.35	Gem. Gemüse sehr fein. 1/2 Ds. 1.22
Brechspargel extrakt. 1/2 Ds. 1.45	Jg. Schnittbohnen I. 1/2 Ds. 0.48
Stangenspargel 1/2 Ds. 1.25	Jg. Brechbohnen 1/2 Ds. 0.46
Stangenspargel mitt. 1/2 Ds. 1.40	Jg. Brechbohnen I. 1/2 Ds. 0.55
Stangensparg. sehr st. 1/2 Ds. 1.60	Wachsbrechbohnen I. 1/2 Ds. 0.82
Stangensp. extra stark 1/2 Ds. 1.85	Bohnenkerne 1/2 Ds. 0.50
Spargelköpfe gr. mittelst. 1/2 Ds. 1.50	Spinat 1/2 Ds. 0.40
Spargelköpfe gr. sehr st. 1/2 Ds. 1.70	Spinat I. 1/2 Ds. 0.58
Jg. Erbsen mittelfein 1/2 Ds. 0.88	Jg. Kohlrabi gr. Köpfe 1/2 Ds. 0.84
Jg. Erbsen sehr fein. 1/2 Ds. 1.00	Rotkohl 1/2 Ds. 0.48
Jg. Erbsen m. Karotten 1/2 Ds. 0.88	Sellerie in Stk. 1/2 Ds. 0.88
Jg. Erbsen mittelf. Kar. 1/2 Ds. 0.71	Rote Beete 1/2 Ds. 0.58
Karotten gesch. 1/2 Ds. 0.30	Sanfgurken 1/2 Ds. 0.78
Junge Erbsen 1/2 Ds. 0.54	Gem. Gemüse IV 1/2 Ds. 0.85
Kaiserschoten 1/2 Ds. 1.08	Jg. Schnittbohnen 1/2 Ds. 0.38

OBST-KONSERVEN	OBST-KONSERVEN
Pflaumen m. Stein 1/2 Ds. 0.48	Apfelmus 1/2 Ds. 0.50
Preißelbeeren 1/2 Ds. 0.85	Pflaumen süß sauer 1/2 Ds. 0.70
Erdbeeren 1/2 Ds. 0.90	Himbeermark 1/2 Ds. 1.00
Schattenmorell m. St. 1/2 Ds. 0.90	Reineclauden 1/2 Ds. 0.98

Nikolausstübe gefüllt mit Lebkuchen. 95
Sokol. usw. Stk. Pf.

Verkauf nur soweit Vorrat

Billige gute Lebensmittel

KOLONIALWAREN	DIVERSE WEINE	BUTTER, FETTE, KÄSE	FRISCHFLEISCH
Weizenmehl 000 P.d. 5.18, 5 Pfid. 1.88	Dürkheimer 10 Fl. 8.88, Fl. 1.00	Tafelbutter Pfid. 1.30	Eisbein ohne Spitzb. gep. P. 0.48
Kartoffelmehl Pfid. 0.18	28er Medoc 10 Fl. 11.98, Fl. 1.20	Markenbutter Pfid. 1.44	Gehacktes an Pfid. 0.48
Moulin-Reis Pfid. 0.19	26er St. Estéphe 10 Fl. 12.5, Fl. 1.45	Margarine an 3 Pfid. 0.74	Schmorfleisch gespickt o. K. 0.76
Haferflocken Pfid. 0.18	28er Margaux 10 Fl. 18.51, Fl. 1.75	Bratenschmalz Pfid. 0.68	Rouladen an Pfid. 0.80
Eier-Fadennudeln Pfid. 0.44	28er Chât. Seychelle m. Fl. 1.90	Schweineschmalz Pfid. 0.68	Schw. Schinken m. B. Pfid. 0.72
Grüne Erbsen Pfid. 0.26	Amarant, span. Süßweil. 1.40	Frühstückskäse 3 Stück 0.25	Kaßler-Komm. mild. Pfid. 0.72
Sultaninen an Pfid. 0.28	Edenkobener 10 Ltr. 5.98, Ltr. 0.85	Allg. Schweizer vollt. 1/2 Pfid. 0.48	Schw. Kotelett an Pfid. 0.78
Korinthen Pfid. 0.48	Malaga 0 Ltr. 10.98, Ltr. 1.10	Camembert vollt. Sch. 0.45	Kalbs-Kotelett an Pfid. 0.88
Calif. Birnen gehr. Pfid. 0.70, 0.55	Tarragona 10 Liter 8.00, Liter 0.85	Edamer u. Holl. vollt. Pfid. 0.72	Kalbschnitzel an Pfid. 1.18
Pflaumen bosn. an Pfid. 0.22	Niersteiner Domtal 10 Ltr. 9.98, L. 0.95	Edelpilz-Käse vollt. Pfid. 0.85	Hammelragout Pfid. 0.48
WURSTWAREN	FISCHE, RAUCHERW.	GEFLÜGEL UND WILD	OBST UND GEMÜSE
Kons. Sülze Pfid. 0.35	Kabeljou, Seelachs o. N. an Pfid. 0.18	Suppenhühner an Pfid. 0.75	Almeria Wein Pfid. 0.38
Molst. Rot- u. Leberwurst Pfid. 0.58	Schellfisch m. K. an Pfid. 0.18	Jg. Gänse an Pfid. 0.75	Bananen Pfid. 0.18
Dampfwurst Pfid. 0.75	Rotbars o. K. an Pfid. 0.14	Enten an Pfid. 0.78	Ess-u. Kochäpfel Pfid. 0.15
Jagdwurst Pfid. 0.84	Fischfilet an Pfid. 0.25	Hirschblat an Pfid. 0.82	Apfelsinen 3 Pfid. 1.48
Knoblauchwurst Pfid. 0.98	Grüne Heringe an 3 Pfid. 0.33	Hirschkuele an Pfid. 0.78	Walnüsse an Pfid. 0.30
Feine Leberwurst Pfid. 0.98	Leb. Karotten und Hechte an Pfid. 0.58	Wildschweinblat an Pfid. 0.80	Haselnüsse Pfid. 1.30
Cervelat u. Salami 1.08	Fettbrüchlinge Pfid. 0.24	Rehblat an Pfid. 0.72	Paranüsse Pfid. 1.45
Gek. Schinken 1/2 Pfid. 0.28	Sprotten an 1 Pfid. 0.30	Hasen gestr. an Pfid. 0.78	Rot. Weiß. Wirsingkohl 3 Pfid. 0.10
Speck maa. Pfid. 0.98, 1st Pfid. 0.88	Seelachs geräuch. Pfid. 0.38	Hasen in Fell. Stück an 2.50	Grünkohl 3 Pfid. 0.12
Schinkenspeck Pfid. 1.18	Stückenachs Pfid. 0.40, 0.35	Wildragout Pfid. 0.30	Rosenkohl 2 Pfid. 0.25

MAREK WEBER • OTTO KERMBACH SPIELEN IN DEN DACHHALLEN

KARSTADT

U. BAHNHOF. HERMANNPLATZ. DER KARSTADT BAHNHOF

BESTELLUNGEN über 5 Mark unter F 6 Baerwald 0012 werden prompt erledigt. für Sonnabend-Lieferung müssen bis Freitag in unserem Besitz sein.

Internationale Abwehr

Beschluß der Seeleute und Hafendarbeiter

Am Montag und Dienstag fand in Amsterdam unter dem Vorsitz von E. Bevin, Mitglied des Generalrats und Vorsitzender der Hafendarbeitersektion der Internationalen Transportarbeiterföderation, eine gemeinsame Sitzung von Vorstandsmitgliedern der Sektion der Seeleute und Hafendarbeiter der I.T.F. statt. Es wurden die Maßnahmen besprochen, die national und international zur Abwehr der in verschiedenen Ländern drohenden Anschläge auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Seeleute und Hafendarbeiter getroffen werden müssen.

Zu dieser Sitzung haben alle dafür in Betracht kommenden Mitgliedsverbände der I.T.F. Vertreter entsandt. Zum ersten Male nahm an einer solchen Sitzung auch eine Abordnung des englischen Seemannsverbandes unter Leitung ihres Generalsekretärs W. A. Spence teil. Es wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

„Die Konferenz stellt fest, daß der Wirtschaftskampf zwischen den kapitalistischen Ländern eine tiefenartige Arbeitslosigkeit erzeugt und das Elend unter der Arbeiterschaft bis zur Unentzählbarkeit gesteigert hat. Der den Arbeitern aufzuzuwachsende fortgesetzte Lohnabbau hat die Kaufkraft vermindert und dadurch die allgemeine Wirtschaftslage

weiter verschlimmert. Abgesehen von der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im allgemeinen, bedeutet der Lohnabbau in der Seefahrt für die Seeleute eine weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und darüber hinaus eine Gefährdung der Sicherheit auf See.

Die Konferenz erklärt daher, daß eine weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit allen den Organisationen zur Verfügung stehenden Mitteln abzuwehren ist. Die Konferenz fordert die angeschlossenen Organisationen auf, alle Maßnahmen für diesen Kampf zu treffen.

Die Organisationen werden beauftragt, in allen Fällen, wo Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen drohen, das Sekretariat der I.T.F. unverzüglich zu informieren.“

Die Konferenz beschloß die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Seefahrt und den Hafenbetrieben weiter zu verfolgen hat. Dieser Untersuchungsausschuss tritt sofort zusammen, sobald Nachrichten über bevorstehende Anschläge vorliegen. Er gibt, wenn nötig, den Organisationen Auftrag, welche Maßnahmen national und international getroffen werden müssen.

faße, glaubte er sich vor dem Fallen dadurch gesichert, daß er als Mitglied der B.G. Pensionstasse nach dem Statut vor Ablauf einer zehnjährigen Dienstzeit nicht entlassen werden dürfe. Aber diese Bestimmung gilt nicht, wenn ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung gegeben ist. Damit hatte der Kozibeld nicht gerechnet.

Das Gericht erkannte auf Abweisung der Klage, weil der Kläger, in dem er den Streik des Berkehrspersonals propagierte, die Treupflicht des Angestellten verletzt habe.

Zugabe oder nicht?

Der Einzelhandelsausschuß des deutschen Industrie- und Handelsstaates beabsichtigt, in der für Anfang Dezember angelegten Hauptausstellung die Zustimmung zu einer am 6. Oktober dieses Jahres gefaßten werblich-entgeltlichen Entschliebung durchzusetzen. Sonderbarerweise fordern also gerade diejenigen Kreise — die Händler — ein Zugabeverbot, nachdem sie das Zugabewesen früher eingeführt haben.

Man kann zu dem Zugabewesen stehen wie man will, fest steht, daß Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen eine lohnende Beschäftigung mit der Herstellung von Waren und Artikeln für Zugabe und Werbeklame gefunden haben. Zu diesem sehr beachtenswerten Beschäftigungspunkt wird uns aus Gewerkschaftskreisen ge-
schrieben:

Eine Reichsregierung, die sich wieder einmal mit dem Zugabewesen beschäftigt, wird sehr ernst prüfen müssen, ob die heutige Zeit mit ihrer großen Arbeitslosigkeit geeignet ist, gerade jetzt ein solches Verbot zu erlassen. Die Reichsregierung unter Brüning, der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat, der Preussische Landtag, alle Industrie- und Handelskammern Deutschlands, dazu die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, haben sich schon einmal und sehr ausgiebig mit diesem Thema beschäftigt und dabei gefunden, daß die Frage, Verbot oder Nichtverbot des Zugabe- und Werbeklamewesens, so einfach nicht zu lösen ist.

Ramhafte Wirtschaftsoverbände und die Handelskammern der bedeutendsten Wirtschaftsgebiete Deutschlands, u. a. Hannover, Bremen, Iserlohn, Solingen, Leipzig, Nürnberg, Augsburg und Regensburg haben sich dafür ausgesprochen, die Werbeklame als vollberechtigtes Werbemittel im großen Komplex der Reklame unangetastet zu lassen. Auch die Gewerkschaften haben eine rege Aufklärungsarbeit im gleichen Sinne geleistet.

Grundlegend kann man das Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu der Forderung eines gesetzlichen Zugabeverbotes bezeichnen:

„Für die große Mehrzahl der Mitglieder des Arbeitsausschusses kam ein radikales Verbot des Zugabewesens um deswillen nicht in Frage, weil ein Eingreifen der Gewerbeaufsicht zum Zwecke der Ausschließung einer einzelnen und von weiten Kreisen angewendeten Reklamemethode nur dann möglich wäre, wenn ihre Unlauterkeit oder ihre durchgängige Schädlichkeit nachgewiesen werden könnte. Das aber ist nach Ueberzeugung der großen Mehrzahl der Mitglieder des Arbeitsausschusses nicht der Fall gewesen.“

Die Vertreter der Gewerkschaften und besonders die der Porzellan-, Steingut-, Glas-, Gummi- und Spielwarenindustrie hatten Gelegenheit, im Reichswirtschaftsrat ausführlich ihre Stellungnahme zu begründen und darauf hinzuweisen, daß allein in

den oben aufgeführten Berufsgruppen viele Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen Zugabeartikel herstellen. Einwandfrei steht fest, daß in der Porzellan- und Steingutindustrie 6000 bis 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Artikeln beschäftigt sind.

Nach der Lohnbewegung

Vertrauen im Gastwirtsgerwerbe

Der Zweigverein Berlin im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten hält in der letzten Novemberwoche eine Reihe von Branchenversammlungen ab mit der einheitlichen Tagesordnung: „Bericht über die Tarifverhandlungen.“ Als typisch für die Stimmung in den Mitgliederkreisen darf vielleicht eine Brandensammlung der Kellner betrachtet werden, also gerade der Gruppe, die wohl die Hauptlast der Verschlechterungen zu tragen hat, die durch den Schlichterspruch eingetreten sind.

Es wäre durchaus verständlich gewesen, wenn in der Versammlung am Montag im Rosenthaler Hof weiblich geschimpft worden wäre. Was aber trat ein? — Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Parschau setzte zwar eine sehr lebhaft diskutierte, deren Grundtendenz läßt sich aber mit den Worten eines Redners kennzeichnen: „Wenn es an dem Schlichterspruch Kritik zu üben gilt, dann ist kein Stein zu werfen auf die Verhandlungskommission, sondern auf diejenigen, welche außerhalb des Verbandes stehen!“ — Gegen Ende der Aussprache, an der sich insgesamt acht Redner beteiligten, wurde unter heiterer Zustimmung u. a. erklärt: „Das angenehmste in dieser Versammlung ist, daß sich die K.O.D. und sonstige Besserwisser überhaupt nicht zum Wort gemeldet haben!“

Der Berliner Vorsitzende, Genosse Schneider, konnte mit Befriedigung feststellen, daß die Aussprache bewiesen habe, daß die Mitgliedschaft auch in der schwierigsten Situation Vertrauen zu ihren Führern hat.

Berkehrsstreit in Athen

Dem Streik der Angestellten der Privatautobusse haben sich jetzt auch die Straßenbahnangestellten und die Gasarbeiter angeschlossen, so daß man von einem Generalkstreik im Athen Verkehrswesen sprechen kann. Auch die Bädergehilfen drohen, sich der Streikbewegung anzuschließen. Die Regierung beabsichtigt, Sondermaßnahmen zu ergreifen.

Tariffündigung in der Groß-Hamburger Eisenindustrie. Vom Schlichtungsausschuß Hamburg-Altona war vor einiger Zeit zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband der Eisenindustrie eine Vereinbarung getroffen worden, nach der der alte Rohmentarifvertrag wieder in Kraft tritt. Dieser Vertrag ist jetzt von den Unternehmern zum 31. Dezember gekündigt worden.

Ein Funktionär des Gesamtverbandes, Ortsverwaltung Berlin, Sektion Handel, hat am Montag kurz nach 18 Uhr in der U-Bahnstation entweder zwischen den Stationen Rordring-Friedrichstadt oder Friedrichstadt-Oranienburger Tor ein Paket mit Mitgliedsbüchern seiner Organisation liegen lassen. Da diese Mitgliedsbücher nur für deren Inhaber Wert haben, bittet der Verlierer um Rückgabe des Fundes im Büro der Ortsverwaltung des Gesamtverbandes, Johannistr. 14/15, in der Zeit von 8 bis 18 Uhr. Etwaige Auslagen werden selbstverständlich ersetzt.

Der Nazi-Syndikus

Vertritt Unternehmer und Arbeiter

Bei den Nazis, die nach dem Streik des B.G.-Personals nicht wieder in den Betrieb hineingekommen sind, hat sich jetzt das Verlangen nach einem Prozessvertreter beim Arbeitsgericht eingestellt. Aber woher einen solchen Vertreter nehmen, da beim Arbeitsgericht nur Beauftragte von wirtschaftlichen Organisationen zugelassen werden dürfen. Die Nazis glaubten nun ihr Ziel dadurch zu erreichen, daß sie ihrer B.G.-Betriebszellenorganisation den Mantel einer wirtschaftlichen Vereinigung umhängten, ihr ein Statut gaben, das rechtsgerichteten Arbeitnehmern aller Berufe den Eintritt gestattet und sich den Namen „Allgemeiner Deutscher Arbeitnehmerverband“ gaben.

Die leitenden Personen dieses „Verbandes“ sind dieselben, die auch die rein politisch aufgelegene Nazi-Betriebsorganisation leiteten. Auch Geschäftsstelle und Telefonnummern sind die gleichen. Die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitnehmerverbandes“ ist am 24. November erfolgt, also zu der Zeit, wo die arbeitsgerichtlichen Prozesse bereits im Gange waren. Eine Zweckgründung im wahren Sinne des Wortes.

Das Bezeichnendste für diesen „Arbeitnehmerverband“ ist aber die Tatsache, daß er zu seinem Geschäftsführer Dr. Ruhke gemacht hat, der bis vor kurzem Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Konditoren war und sich in dieser Eigenschaft durch seine scharfmacherischen Mäuren bei den Arbeitern des Konditorgewerbes kein gutes Andenken bewahrt hat.

Dr. Ruhke erschien in seiner neuen Eigenschaft als „Arbeitnehmervertreter“ vor dem Ar-

beitsgericht in einem der vielen Prozesse aus Anlaß des B.G.-Streiks. Er wurde in einem vom Assessor Dr. Köhle geleiteten Vergleichstermin zurückschickte, kurz darauf aber von einer anderen Kammer, deren Vorsitzender der Amtsgerichtsrat Dr. Simons ist, zugelassen, obgleich der Vertreter der B.G. Tatsachen dafür anführte, daß der „Allgemeine Deutsche Arbeitnehmerverband“ nichts anderes ist als die alte Naziorganisation.

Die feindlichen Brüder

Nach dem Verkehrsstreik

Ein kaufmännischer Angestellter der B.G., der Nationalsozialist Berner Müller, machte, obwohl seine Berufsgruppe für den Streik gar nicht in Frage kam, in den Versammlungen des Betriebspersonals für dessen Streik sehr eifrig Propaganda. „Ich stehe und falle mit dem Streik“ versicherte Nazi-Müller mit Nachdruck. Dabei war er überzeugt, daß er gar nicht zu Falle kommen könne in einem Streik, an dem er gar nicht beteiligt war, in den er aber anders hineintreiben half.

Als zwischen Nazis und Kommunisten der Janz darüber ausbrach, wer von ihnen an dem Mithlingen des Streiks schuld sei, da weiterte Nazi-Müller in einer Versammlung gegen die K.O.D., beschuldigte sie des Betrugs und bezeichnete zwei K.O.D.-Mitglieder als Verräter. Die Folge davon war, daß den beiden K.O.D.-Leuten die Fensterscheiben ihrer Wohnungen eingeschleudert wurden.

Müller wurde fristlos entlassen mit der Begründung, er habe durch die Streikpropaganda die Interessen des Betriebes geschädigt.

Er klagte beim Arbeitsgericht. Obgleich er erklärte hatte, daß er mit dem Streik stehe und



An erster Stelle

steht in dieser Saison:

der schwarze Schnürschuh

mit Reptil-Verzierungen;
die unbestrittene Mode —
das unschlagbare Modell
für die Strasse.

Peiser

Der richtige Trotteur
schwarz mit papilla
gemustertem Eidechsenmit.

Der ist chic!
Echt Chevreau, mit
schwarz Kalbleder, auch in Braun

Pfundsturz — und keine Panik

Die Stimmung in London — Von unserem Berichterstatter

London, 30. November.

Die Unsicherheit in der Kriegsschuldfrage: „Zahlt England im Dezember seinen Zinsendienst und seine Kapital Schuld, alles in allem 19,66 Millionen Goldpfund — oder zahlt es nur einen Teil?“ hat das Pfund Sterling in den letzten Tagen tiefer und tiefer getrieben, bis es heute auf 3,15% Dollar gesunken ist, was bereits eine Erholung von 3,14% darstellt. Man ist in

englischen Regierungskreisen und in der City

überzeugt, daß mit einem Moratorium für die gesamte fällige Summe nicht zu rechnen sein wird und beginnt sich neben dem seit Sonntag im Gange befindlichen offiziellen Besprechungen der neuen englischen Note an Amerika, die die Lage nochmals klar und eingehend darlegen soll, nun hauptsächlich mit der Art des Zahlens zu befassen. Die Hoffnung besteht, daß Amerika wenigstens auf die Kapitalzahlung von 6,16 Mill. Goldpfund verzichten wird, daß es sich also nur um die Beschaffung von 13,50 Mill. Goldpfund handelt. Die City (die Londoner Banken) bevorzugt den Vorschlag, diese Summe zum Teil in Gold — 10,00 Mill. Goldpfund —, zum Teil in Dollar — 3,50 Mill. Dollar — an die Vereinigten Staaten zu zahlen, und zwar weil diese Art der Uebertragung die geringsten Störungen verursachen dürfte und die Bank von England dann noch immer für 130,42 Mill. Pfund Sterling Gold haben würde, oder 9,00 Mill. Pfund mehr als im vergangenen Januar.

Aus der Ermägung, innerhalb drei Wochen der eintretenden Zahlung, aus dem ferner der Regierung am 1. Dezember erwachsenden Zinsen- und Ablösungsdienst auf die konvertierte Sprozentige Kriegsanleihe, ist es zu verstehen, daß von offizieller Seite während der letzten Tage

keine Stützung des Pfundes vorgenommen

wurde, da alle Reserven benötigt werden. Man kann daher auch mit ziemlicher Sicherheit auf ein weiteres erhebliches Schwanken des Pfundurses und auch auf ein ferneres Absinken gefaßt sein.

Trotz dieser Erwartung, trotz der noch nie

dagewesenen Tiefe des Pfundstandes, bleiben die City und das Publikum völlig ruhig. So erholten sich heute, während das Pfund auf 3,14% New York absank, die britischen Konsols (Staatsanleihen), und der Markt zeigte allgemein eine leichte Besserung.

Man kann sagen, daß das englische Publikum — infolge Unkenntnis der größeren Zusammenhänge und einem wohlbekannten, fast rührenden Vertrauen in die Kompetenz seiner Regierung — sich bei nahe gleichgültig verhält. Die Presse tut das ihre — und die Aushängeplakate, die sonst in geradezu wilder Aufmachung Tagesereignisse behandeln, bringen nur Fußball und sonstige harmlose Nachrichten. Man muß immer wieder den großen Unterschied, der zwischen dem nervösen und politisch zerrissenen Kontinent und dem in der friedlicheren Inselatmosphäre erst gerade an der Rinde seiner Gleichmütigkeit angekratzten

englischen Volke besteht, bei der Betrachtung von Ereignissen in Ermägung ziehen, die auf dem Kontinent wahrscheinlich eine Panik ausgelöst haben würden.

Hinzu kommt die Erfahrung, daß im letzten Jahr, während dem England vom Goldstandard abgegangen war, sich die Kaufkraft des Pfundes innerhalb Englands kaum verringert hat, was nebenbei natürlich auf das Absinken der Goldpreise zurückzuführen ist. Man denkt sich also, wo immer das Pfund hinsteigt, es innerhalb Englands seine Kaufkraft behalten werde.

Die Frage, ob der englischen Regierung der aufsehenerregende Sturz des Pfundes in diesem Augenblick besonders unangenehm ist, wo es sich darum handelt, die obstinaten Amerikaner von der ruinösen Wirkung der Uebertragung von Riesensummen über den Atlantik zu überzeugen, ist demnach nicht allzu schwer zu beantworten.

Gefährliches Siedeln

Absiedeln zur Besitzerhaltung

Unter der den Junkern dienenden Papen-Regierung kam die Siedlung völlig ins Stocken. Der großartigen Ankündigung weiterer 50 Millionen zu den 50 Millionen des Etats folgte kein Geld, weil man es vorzog, die bankrotten landwirtschaftlichen Genossenschaften zu sanieren.

Nachdem man geschäftsführend geworden ist, scheint die Siedlung wieder etwas in Gang zu kommen. Die Aussonderung nicht entschuldigungsfähiger Betriebe im Ostböhmengebiet soll in der letzten Zeit Fortschritte gemacht haben, wie verlautet, sind etwa 300 000 Morgen für die Siedlung aus dem Besitz solcher Betriebe bereitgestellt worden. Das ist angesichts der nicht entschuldigungsfähigen 2 Millionen Morgen nicht viel, aber es wäre schon erfreulich, wenn diese Fläche dem Bereich unfähiger Wirte entzogen und in Bauernland verwandelt würde.

Nun werden aber nicht ganze Betriebe vertrieben, sondern es sollen vorwiegend Gutsteile abgesiedelt werden, und zwar nur so viel Land, wie zur Entschuldung der Güter notwendig scheint. Das Land wird benachbarten Kleinbetrieben zugeteilt oder es kann bei größeren Teilsflächen auch eine gewisse Anzahl neuer bäuerlicher Siedlungen entstehen.

Anliegersiedlung ist nun an sich eine vernünftige Sache. Sie hat hier aber einen Haken, denn das Land wird für die Siedlung nicht zu einem für landwirtschaftliche Erzeugnisse angemessenen Werte überlassen, sondern nach dem Gesichtspunkt, möglichst hohe Preise für die Sanierung der Restgüter zu erreichen. Ein vernünftiges Prinzip wird dadurch gefährdet, daß man eine Sanierung des Großgrundbesitzes auf Kosten der Anliegersiedlung durchführt. Man kann zwar von einer kapitalistischen Regierung nicht verlangen, daß sie unsere Forderung, die allein eine Gesundung der ostböhmenischen Wirtschaft herbeiführen kann, nämlich die restlose Enteignung des Großgrundbesitzes, durchführt. Man kann von

jeder Regierung verlangen, daß sie nicht den ostböhmenischen Großagrariern zuliebe den volkswirtschaftlichen Sinn der Siedlung, nämlich die Uebergabe des Bodens an den besseren Wirt zu angemessenen Preisen, sabotiert.

Nazis gegen die Siedlung

Interessant ist übrigens, daß gerade jetzt die ostpreussische Landwirtschaftskammer die Forderung erhebt, daß die Siedlung unterbleiben müsse. Die deutschnationalen und nationalsozialistischen Mitglieder der Landwirtschaftskammer sind sich dabei völlig einig und verlangen von der Reichsregierung eine unzweideutige Erklärung, daß sie nicht auf die Durchführung der Siedlung bestehe!

Ein Industrieskandal

Subventionen — sonst Stilllegung

Das von der Krise stark heimgesuchte Sachsen hat einen neuen Industrieskandal zu verzeichnen. Es handelt sich um den Textilkonzern Wagner u. Moras, der nach seiner Pleite von einem Konsortium (M. G. für Handels- und Industriekredite, Reis u. Co. in Mannheim und Vereinigte sächsische Spinnereibesitzer in Chemnitz) aufgekauft worden ist. Anscheinend ist der Ankauf erfolgt, um sich einen lästigen Konkurrenten vom Leibe zu halten und sonst Geschäfte aus der Masse zu machen. So wurden auch Fabriken aus dem Wagner u. Moras-Konzern stillgelegt.

Bestimmte Nachrichten darüber, daß das Konsortium mit der Absicht umgeht, die Betriebe für immer auszufallen, haben natürlich in Sachsen, besonders in Zittau, wo die Wagner u. Moras beheimatet ist, größte Unruhe ausgelöst. Der

Oberbürgermeister von Zittau teilt dazu u. a. mit, daß man in der Spinnerei Zittau bereits Maschinen abmontiert habe; doch soll es sich um nicht bezahlte Maschinen handeln.

Nun findet sich in einer Bekanntmachung des Konzerns die Feststellung, „daß keine Bank und keine Stelle bereit sei, neue Risiken durch Inbetriebnahme der Fabriken einzugehen, wenn nicht von vornherein eine Subvention seitens des Staates erfolgt.“ Das ist klar und deutlich. Das Konsortium sucht durch Drohung mit Stilllegung nach dem einen guten Geschäft, dem Aufkauf von Wagner u. Moras, ein zweites gutes Geschäft mit Subventionen zu machen.

Wirtschaftsbarometer des Güterverkehrs

Der Güterverkehr der Reichsbahn pflegt im Herbst wegen stärkerer Ernteverloerungen und Kohleneindeckungen der Großstädte, also saisonmäßig zu steigen. Diese jahreszeitliche Belebung endet erfahrungsgemäß schon Ende Oktober.

Bei der Reichsbahn ergibt sich aber eine über den saisonmäßigen Umfang hinausgehende Belebung des Güterverkehrs. Dies zeigt ein Vergleich mit den entsprechenden Wochen des vergangenen Jahres. In der ersten Oktoberwoche wurden je Arbeitstag im vergangenen Jahr 121 700 und in diesem Jahr 102 800 Wagen angefordert. Die Differenz zum Vorjahr betrug also arbeitstäglich 18 900 Wagen. In der ersten Novemberwoche betrug die Wagenstellungsziffer im Vorjahr 127 000 und in diesem Jahr 115 200 Wagen. Die Differenz hatte sich also auf 12 400 Wagen je Arbeitstag gegenüber dem Vorjahr verringert. In der dritten Novemberwoche hat sich die Spanne der täglichen Wagenstellung bis auf 5500 Wagen gegenüber 1931 weiter gesenkt. Auch in der vierten Novemberwoche ist, wie wir erfahren, kein Rückschlag eingetreten.

Die Konsumvereine im Oktober. Der Gesamtumsatz der dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften stellt sich für den Monat Oktober auf 46,61 Millionen Mark gegenüber 45,63 Millionen Mark im September und 46,79 Millionen Mark im August. Demnach beträgt der Umsatz je Mitglied im Oktober 22,06 Mark, im September 21,63 Mark und im August 22,01 Mark. Auf den einzelnen Tag berechnet, liegt im Oktober 1932 der Umsatz der Konsumgenossenschaften niedriger als in irgendeinem Monat des laufenden Jahres. Wenn man bedenkt, wie mit der Kaufkraft der Bevölkerung Schindluder getrieben wird, kann das Ergebnis nicht überraschen und der Zentralverband Deutscher Konsumvereine bemerkt mit Recht: „Bäht die staatliche Wirtschaftspolitik die Zertümmung der Kaufkraft weiter so treiben, wie in den letzten Monaten, so ist für einen beträchtlichen Teil der großstädtischen und der ländlichen Arbeiterschaft das Schlimmste zu befürchten.“

Schwere Verluste des englischen Bergbaus. Im 3. Quartal d. J. hat der englische Bergbau nach amtlichen Mitteilungen einen Verlust von etwa 1,2 Millionen Pfund erlitten, was seit etwa vier Jahren der höchste Quartalsverlust der englischen Steinkohlenzechen ist. Das Bemerkenswerte an diesem Ergebnis ist das völlige Versagen der „Exportprämie“ bei der Kohlenausfuhr, denn gerade bei dem Kohlenexport hatte das britische Unternehmertum gehofft, mit Hilfe des gesunkenen Pfundwertes die aus dem Schleudereport entstandene Verlustwirtschaft zu beenden.

Im Schatten des Eisenzolls

England baut neue Stahlwerke

Ein englisches Bankentonsortium beabsichtigt, dem Stahlkonzern Stewars u. Wood einen Kredit von annähernd 40 Millionen Mark einzuräumen, um ein neu entdecktes Erzlager auszubeuten und an dessen Standort ein neues Hochofen- und Stahlwerk zu errichten.

Während die Stahlindustrien des europäischen Kontinents infolge der im Frühjahr eingeführten hohen Stahlzölle nach England nur noch im geringen Umfange exportieren können, werden in Großbritannien unter dem Schutze dieser Zollmauern neue Stahlwerke errichtet, obwohl die Stahlindustrie der Welt zur Zeit nicht mehr zu einem Drittel ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt ist. Das nennt sich dann internationale Zusammenarbeit im kapitalistischen System.

Der edle deutsche Herren-Schuh



14⁵⁰
16⁵⁰

wieder

Dorndorf

bei

Leiser

SCHICKSAL MASCHINE

32] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

„Sie haben mir damals sehr geholfen, Herr Weltlin. Heute muß ich zwar in diesem Lokal Klavier spielen, obwohl das gar nicht mein Instrument ist, aber damals war mit Ihr Geld eine große Hilfe.“

„Beschämten Sie mich nicht! Ich hätte Ihnen zu jener Zeit den zwanzigfachen Betrag geben können und sollen und tat es nicht. Das war schlecht von mir.“

„Nein, oh nein! Ich glaube, Sie können überhaupt nichts Schlechtes tun. Ich habe viel von Ihnen gehört und viel über Sie gelesen. Ich bin stolz darauf, mit Ihnen verwandt zu sein, Herr Weltlin! Ich möchte Sie fragen, ob ich Ihnen das Geld zurückgeben darf. Auf einmal ginge das zwar nicht, aber ich könnte Ihnen jede Woche etwa fünf Mark retournieren.“

„Aber, aber... Ich sehe doch, daß es Ihnen nicht allzu glänzend geht, Herr Weltlin, ich kann die paar Mark wirklich entbehren.“

Weltlin sah auf, und sah in ein blaßes, reines Gesicht.

„Nein, ich benötige das Geld nicht“, sagte er langsam, „ich habe alles, was ich brauche.“

„Aber ich will nicht ewig Ihr Schuldner bleiben. Darf ich Sie besuchen? Bitte geben Sie mir Ihre Adresse! Aber ich muß nun wohl wieder zu meinem Marterkasten. Die Leute werden sonst ungeduldig und dann könnte ich kaum meine Schulden abstoßen. Darf ich also kommen?“

„Kommen Sie so oft Sie wollen, mein Lieber“, brachte Weltlin mühsam hervor und fühlte, daß seine Hand schmerzhaft stark gedrückt wurde.

„Sehen Sie, mein Fräulein“, sagte Weltlin nach einer langen Pause, „leben Sie, es gibt immer noch Menschen auf dieser gottverdammten Welt.“

3.

Die Berichte, die Crusius über Ernas Lebensführung erhielt, waren abenteuerlicher Art. Als sie dem Willen ihres Vaters gemäß die große Summe Geldes ausgezahlt bekam, war sie auf Reisen gegangen. Von Zeit zu Zeit bekam Crusius kurze Grußkarten, aus Holland, Frankreich, England, Skandinavien. Auch ihrer Mutter schrieb sie nicht ausführlicher, es waren meist trockene, oberflächliche Mitteilungen über Landschaften, Menschen, Gebräuche. Dennoch wußte Therese Dinge zu erzählen, Einzelheiten, Erlebnisse, deren Quellen sie geheimhielt und auch vor Crusius nicht nannte. Es schien aber, als wäre sich der über die Glaubwürdigkeit solcher Erzählungen im klaren. Therese war eine alternde Frau geworden, von krankhaft gesteigerten Phantasievisionen befallen, längst war ihr Wesen dem Lebensgefährtin unverständlich geworden. Nach ihren geheimnisvollen Berichten hatte die Tochter in schwangerem Zustand die Heimat verlassen, in Frankreich ein Kind zur Welt gebracht, einen Knaben, dem sie den Namen Wilhelm gegeben hatte. Kaum genesen, habe sie das Kind verlassen und mit einem jungen Spanier eine Reise nach Schottland angetreten. Der Spanier sei dann gegen einen Finnen, der Finne gegen einen Holländer und der Holländer gegen einen Amerikaner getauscht worden. All dem hörte Crusius geduldig zu. Nicht eine Miene verriet, daß er diesen Phantasien keinen Glauben schenkte, nicht ein einziges Mal fragte er, auf welche Weise Therese in den Besitz dieser Kenntnisse gelangt sei. Er sah da, hörte zu, dachte an ferne, vergangene Tage, da diese Frau ihm so viel bedeutet hatte, und zeigte auch keine Bewegung, als der Amerikaner von einem Kiaten abgelöst worden war.

Und nun war Erna wieder daheim. Um die Mittagstunde hatte sie Crusius angerufen und ihren Besuch anzeigt. Sie hatte

angefragt, ob sie einen jungen Ausländer mitbringen dürfe, der den sehnlichen Wunsch habe, den berühmten Gelehrten kennen zu lernen. Als sie dann in Gesellschaft eines hochgewachsenen Mannes von brauner Gesichtsfarbe — eines Inder — bei ihm erschien, war Crusius seltsam bewegt. Waren also die phantastischen Erzählungen Therese doch Wahrheit oder kamen sie der Wahrheit nahe? Auf welche Weise wußte Therese hiervon? Waren unsichtbare Verbindungen zwischen Mutter und Tochter vorhanden? War es die Stimme des Blutes? Er lautete dem Wortschwall der jungen Dame. In einer Atempause fragte er, ob Erna schon ihren Vater aufgesucht habe. Ja, war die Antwort, bereits gestern, doch habe

sie ihn nicht angetroffen; die alte Frau habe bloß gewußt, daß sich ihr Vater auf eine Wanderung begeben, Ziel und Dauer jedoch nicht genannt habe. Sie hätte angenommen, daß Albert um die Absichten des Vaters wüßte, aber weder der, noch die wenigen Parteifreunde waren informiert. Man vermutete nur, daß Weltlin, von seiner fixen Idee, den Verbrechen der Zeit nachzuspüren, immer mehr befaßt, sich vielleicht in die Tschekoslowakei begeben habe, wo gerade der Prozeß gegen einen Arzt geführt werde, der aus wenig durchsichtigen Gründen seine Frau ermordet hatte. Eine telegraphische Anfrage, ob sich Weltlin in der betreffenden Stadt aufhalte, wurde verneinend beantwortet; ob etwa Crusius etwas über den Verbleib des Vaters wüßte? — Nein, antwortete der, ihm sei gar nichts bekannt; vielleicht sei nur das Bedürfnis des Wanderns maßgebend gewesen. Solche Bedürfnisse seien bei Männern eines gewissen Alters durchaus nicht selten, er selbst, Crusius, sei zu wiederholten Malen von solchen Wünschen heimgeführt, deren Erfüllung er sich aber verjagen müsse, da ihn seine Arbeit nicht loslasse; der weitaus freiere Freund aber, der so glücklich sei, derartige Bindungen und Hemmungen hinter sich zu haben, könne sich diesen Wünschen

hingeben... Wenn es aber Erna beruhige, wolle er gern geeignete Nachforschungen anstellen lassen.

Während des Sprechens fühlte Crusius die ganze Zeit hindurch die suchenden, gleitenden, tastenden Blicke des jungen Inder. Er fühlte ein seltsames Brennen der Haut. „Sie sind Inder?“ wandte er sich dann an den Besucher.

„Mischling, Herr Geheimrat.“

„Wie gefällt es Ihnen in Europa?“

„Oh, ich kenne Europa gut. Ich habe in Paris, Berlin und München studiert, ich kenne ganz Westeuropa.“

„Und wie lange bleiben Sie hier?“

„Solange es dem gnädigen Fräulein gefällt“, sagte der junge Mann, und Crusius mußte über die Formel „gnädiges Fräulein“ unwillkürlich lächeln — sprach hier ein Inder oder ein ehemaliger preussischer Gardeoffizier? Aber der junge Mann sah bescheiden zu Boden, und nur Erna hielt den Blick des Professors aus, ja sie erwiderte ihm mit einem rätselhaften Lächeln, das Crusius ein wenig unisier machte. Zum Glück aber war ja ein junger Mann da, mit dem man das Gespräch fortsetzen konnte: „Wann waren Sie das letztmal in Europa?“

(Fortsetzung folgt.)

Benedikt, der Neunmalweise

Eine Bauerngeschichte / Von André Baillon

Vater Benedikt war 65 Jahre alt. Wenn einen in diesem Alter ein Uebel befällt, so sitzt es meist im Kopf oder im Kreuz oder auch im Magen. Bei ihm war es nicht so arg: kaum der Rede wert — so ein ganz kleines bißchen im Daumen der rechten Hand.

Am einem schönen Morgen stellte er die Sache fest. Als er ihn krümmen wollte, mußte sich Vater Benedikt sagen, daß dieser Daumen widerständigsteigend ganz steif blieb. So etwas wie ein kleiner Knochen verhinderte ihn sich zu krümmen. Bö! Ein steifer Finger macht nichts bei der Arbeit. Die Ernte ging bald zu Ende. Die ganze Woche über fuhr er sein Getreide ein. Erst am Sonntag, als er sich auf der Jagd befand und seine Hühner auf einen Halm zuedte — pass!, geschah es Vater Benedikt, der sein Leben lang kein Tier verfehlt hatte, daß er einen Schuß ins Leere tat. „Dieser verfluchte Finger!“

Etwas später stieg das Uebel aus der Umfriedung, in der es sich verfangen hatte, in die Hand und nißte sich zwischen den Knochen des Handgelenks ein. Die Hand war nicht tot, da sie ja brannte. Deshalb war sie aber doch nicht zu brauchen. Am übrigen war es nicht so schlimm mit ihr. Kann man seine Arbeit nicht mit der Rechten machen, macht man sie mit der Linken. Aber nach der Ernte, als er den Pflug führte, um ein Feld zu bearbeiten, benötigte er seine beiden Hände auf einmal. Holla, holla! Er gab sich die größte Mühe. Aber zum ersten Male hatte Vater Benedikt, der sein Leben lang terzengerade Furchen gezogen hatte, ganz schleife gemacht. „Dieses verfluchte Handgelenk!“

Im darauffolgenden Sommer wanderte das Uebel, das während des Winters seinen Platz nicht verlassen hatte, vom Handgelenk in die Hand hinunter und entschwand durch den Daumen. Fort! Nur ein bißchen Steifheit blieb zurück.

Danach hätte man vermuten können, daß es niemals wiederkommen oder doch dort wiederkommen würde, wo es entschwunden war. Gesetzt! Eines guten Morgens, als sich Vater Benedikt aus seinem Bett erhob, kam es anderswo zum Vorschein. Diesmal im Bein und nicht auf der rechten Seite wie bei der Hand, sondern auf der linken Seite. Das Bein schwoß erst ein bißchen an, dann ein bißchen mehr, dann sehr. Wenn er es beim Sitzen ausgestreckt hielt, ging es ja so jämlich. Aber sowie er aufstand, ei weil! — er hatte nicht genug Hände, um sie an sein Bein zu halten, an sein Kreuz, an seine Hüften... bedenkend war dieses Uebel wie eine rätselhafte Raue: in allen Teilen seines Körpers sah es zugleich.

Sollte er sein Leben damit zubringen, auf einem Stuhl zu hocken und zu sausen? Man mußte sich Klarheit verschaffen. Eines Tages kam der Tierarzt, um eine Kuh zu besichtigen. Diesem guten Tier fehlte Gott sei Dank nichts.

„Da Sie nun mal hier sind“, sagte Vater Benedikt, „sehen Sie sich doch auch mein Bein an.“ „Das“, sagte der Tierarzt, „ist Rheumatismus. Gehen Sie zum Doktor.“

Rheumatismus! Vater Benedikt würde gerade wegen eines lumpigen Rheumatismus seine Groschen zum Doktor tragen!

Nicht weit von ihm wohnte der Schäfer Joseph. Der Schäfer Joseph wußte alles. Als die Tochter des Stellmachers in andern Umständen war, hatte er ihr ein Tränkelein aus Kräutern gebraut. Dieses Tränkelein hatte so starkend gewirkt, daß diese brave Frau, obwohl sie nicht zu den kräftigsten gehörte, Zwillingen das Leben schenkte, einem Knäblein und einem Mädchen, die allerdings während der Geburt starben was aber alles in allem ein Segen war, denn die Mutter verschied

ebenfalls alsobald. Er verstand sich darauf, den Schafen die Dornen herauszuziehen, die sie sich beim Weiden im Getrüpp eintraten. Es mußte doch noch viel einfacher sein, dem Vater Benedikt das Uebel herauszuziehen, das er sich ins Bein getreten hatte.

Eines Morgens schleppte sich Vater Benedikt also — au, au, au! — so gut er konnte zum Schäfer.

Schäfer Joseph ließ sich nicht lange bitten. Er forderte 20 Sous und sagte:

„Die Tierärzte sind Eitel.“

Und fügte hinzu:

„Die andern Kerzte auch.“

Was Vater Benedikt quälte, sei nicht Rheumatismus. Auch nicht, wie man hätte glauben können, ein Knochen. Nein, ein Wind! Dieser Wind sei durch ein Loch hereingekommen, das sich Vater Benedikt, ohne es zu wissen, unter dem Nagel gestochen habe. Das geschieht auch, wenn sich die Schafe zwischen den Burjeln verwickeln. Vom Nagel sei der Wind in den Arm gestiegen, in den Körper geschlichen und worte leht auf eine Gelegenheit, zum Bein herauszuschlüpfen. Vielleicht genüge ein Einschnitt, um den Ausweg zu eröffnen. Aber ein Einschnitt könne das Blut vergiften und — es stehe noch mehr auf dem Spiel: einen Frank koste das. Vater Benedikt solle also nach Hause gehen, sich ein schönes Stück Kuhmist aussuchen und als Pflaster aufs Bein pappen. Acht Tage — und das Pflaster werde den Wind aufgefangen haben.

Heilmittel sind bekanntlich um so wirksamer, je mehr Schmerzen sie verursachen. Vater Benedikt lehrte heim, legte das Pflaster auf und hatte große Schmerzen. Er hatte, wenn man so sagen darf, für seine 20 Frank vollauf genug.

Am ersten Tage — den Gestank konnte man gerne in Kauf nehmen — wars nicht schlimmer und nicht besser als vorher. Zweifelloß verhielt sich der Wind mäusehähnlich in seiner Ecke. Am zweiten Tage war der Gestank verschwunden, der Schmerz blieb derselbe. Am dritten Tage fing der Wind an, sich im Bein zu rühren. Auch in der Wade begann es zu stechen. Gegen Abend trat ein Brennen hinzu. Am vierten Tage mußte sich Vater Benedikt zusammennehmen, um nicht das Pflaster in die Hölle zu schicken. Bist! Teufel, das stach und brannte nicht nur, dieser böse Wind unter dem Kuhmist fuhr hin und her, um einen Ausweg zu finden, so daß das Bein zum Pfaffen anschwoß. Am fünften Tage begann Vater Benedikt zu stöhnen, und mußte nicht mehr, wo es ihm am meisten weh tat: in der Wade, im Fuß, im Arnie oder sogar — habt ihr Worte? — im Kopf, in dem der Wind mit heftigen Stößen tobte.

Schließlich kam der achte Tag. Man wartete den Abend nicht ab. Man entfernte das Pflaster. Man betrachtete die Stelle. Wie der Schäfer gesagt hatte, hatte sich der Wind ein großes Loch geöffnet. Nur war das Bein leht doppelt so dick wie früher, und — nann? — als man es mit kaltem Wasser gewaschen hatte, war es nicht mehr rot, sondern blau.

Ob er wollte oder nicht, seine Frau ließ — Geld hin, Geld her — den Arzt kommen. Die Kerzte lagen, was ihnen paßt, und die Frauen sind sich alle gleich. Kaum hatte ihm die Alte den ersten Köffel Medizin verabreicht, verlor Vater Benedikt alle Lust zu essen und zu schlafen und verlangte nur noch zu trinken. Und sein Bein wurde so steif, daß die Steifheit den ganzen Körper steif machte und er sich nicht mehr rühren konnte. Holla, holla — Vater Benedikt glaubte wahrhaftig, er müsse sterben. Aber seine Besundheit war stärker als die

Medizinen des Doktors. Nach drei Monaten hatte sie gefestigt: er konnte wieder gehen.

In einem Aufmomente jedoch, als er Holz spaltete, stellte er fest, daß er einen Finger nicht krümmen konnte. Pöhhli! Knochen, Rheumatismus oder Wind — er würde sich nicht von neuem mit Medizin vergiften lassen. Wenn er sich auch während seiner Krankheit nicht bewegen konnte, so hatte er doch hören können. Es waren gute Nachbarn erschienen. Die einen hatten gesagt:

„Rheumatismus? Braucht Wasser, muß ertränkt werden.“

Die andern:

„Rheumatismus? Ist Frost, muß erhitzt werden.“

Er hatte eine gute Idee. Seine Frau war auf dem Felde. Er machte ein mächtiges Feuer im Backofen, jag die Kohlen glühend heraus, trock hinein und schloß die Tür... Punkt zwölf kam seine Frau zum Essen nach Hause. Sie suchte Benedikt. Er war nicht in der Küche, nicht auf dem Boden und auch nicht im Keller. Aber dort der Backofen — die rauchenden Kohlen, eine Bombenhölle... Es war doch heute nicht Badtag. Großer Vater im Himmel! Da drin war ja ihr Mann.

„Benedikt! Verdamntes Luder, kommst du heraus?“

Aber Vater Benedikt wollte nicht hören. Drei Leute mußten anpacken. Man legte ihn auf den Tisch. Und da blieb er liegen wie ein gebadenes Brat.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Eina Freuder.)



Hilfe bei Arterienverfälschung

Ich bin jetzt 60 Jahre alt und litt vor einigen Monaten an Schwindelanfällen infolge Arterienverhärtung. Schon nach Gebrauch einiger Flaschen Zinsser-Knoblauchsaft sind die Anfälle weggeblieben und haben sich bis jetzt nicht wiederholt. Ich lasse aber trotzdem Ihren Knoblauchsaft in meiner Hausapotheke nicht ausgehen.

A. Stradotta, Konrektor, Striegau i. Schlef., Jaueritz.

Zinsser-Knoblauch-Saft ist appetitanregend, reinigt das Blut und den Darm, schafft gesunde Säfte und leistet bei Arterienverhärtung, zu hohem Blutdruck, bei Magen-, Darm-, Leber- und Gallenleiden, bei Asthma, Rheumatismus und allen Stoffwechselfstörungen gute Dienste. Eine Flasche kostet Mk. 3.—, eine Versuchsfflasche nur Mk. 1.—. Geruchlos und ohne Geschmack sind Knoblauchöl-Kapseln und Knoblauch-Tabletten. Schachtel je Mk. 3.—. In den meisten Apotheken zu haben, Knoblauchsaft auch in den Drogerien, sonst direkt.

Dr. Zinsser & Co. G.m.b.H. Leipzig 75

70000 Anerkennungen über Zinsser-Knoblauchsaft (unverfälscht) beglaubigt. Vater Wagner-Büchlerverleger, Berlin C24, Prenzlauer Str. 20. Tel. Kurfürstendamm 2274, weiß auf Wunsch Bestellungen sehr nach.

Advertisement for coffee featuring an image of a coffee pot and the text: 'Alle Tage ist kein Sonntag, aber ein Stück Sonntag hat jeder Tag, an dem man KAFFEE HAB trinkt!'.



THE RIMANN

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Gek. Schinken
1/2 Pfd. **0,28**

Suppenhühner
Pfd. von **0,70**

Mengenabgabe vorbehalten • Verkauf soweit Vorrat • Preise nur Freitag und Sonnabend • Lebensmittelzusendungen von 5,00 M. an

Frisches Fleisch

Kalbskamm 3 kg Pfd. **0,48**
Kalbsroulade Pfd. **0,88**
Schw.-Bauch 3 Pfd. **0,70**
Schweineschinken mit Beise... Pfd. von **0,72**
Schweineschulter ohne Beilage... Pfd. **0,72**
Schweinekamm oder -schuft... Pfd. von **0,78**
Kasslerkamm 3/4 Pfd. **0,72**
Hammei-Verderb... Pfd. **0,58**

Rückenfettstraitrig Pfd. **0,66**
Suppenfleisch Pfd. v. **0,52**
Rindergulasch... Pfd. **0,64**
Schmorfleisch Keule ohne Knochen, Pfd. von **0,72**
Roulade... Pfd. von **0,80**
Rinderleber triak Pfd. **0,78**
Euter... Pfd. **0,24**
Rinderlunge... Pfd. **0,28**
Rinderbacken... Pfd. **0,34**

Fische

Karpfen frisch, Pfd. v. **0,38**
Seelachs gross, ohne Kopf, im ganzen, Pfd. v. **0,18**
Rotbars gross, ohne Kopf, im ganzen, Pfd. v. **0,14**
Kablau gross, e. Kopf, im ganz., frisch, Pfd. v. **0,18**
Kablaufilet Pfd. von **0,25**
Grüne Heringe 3 Pfd. von **0,38**

Roastbeef
m. Knochen
Pfd. von **0,62**

Kalbskeule
bis 9 Pfd., schwarz, ganz oder geteilt,
Pfd. **0,58**

Kalbsblatt
ohne Knochen,
Pfd. von **0,74**

Apfelsinen
3 Pfd. **0,48**

Für den Nikolaus-Tag!
Preiswerte Konfitüren, Stiefel, Strümpfe usw. Geschenke in reicher Auswahl!

Räucherwaren

Bücklinge... Pfd. von **0,24**
Seelachs... Pfd. **0,38**
Schellfisch... Pfd. **0,26**
Rotbars... Pfd. **0,38**
Lachs in Stücken, Pfd. v. **1,40**
Sprotten... Pfd. **0,30**
Oelsardinen 3 Dosen **0,88**
Delik.-Gurken Spez.-0. **0,68**
Senfgurken Spezial Dos. **0,68**

Wurstwaren

Süzwurst... Pfd. **0,68**
Speckwurst... Pfd. **0,74**
Dampfwurst... Pfd. **0,75**
Fleischwurst... Pfd. **0,75**
Landleberwurst... Pfd. **0,84**
Jagdwurst... Pfd. **0,84**
Metzw. Bratenzw. Art. Pfd. **0,84**
Wien. Würstchen Pfd. **0,95**
F. Leberwurst... Pfd. **0,56**
Feewurst... Pfd. **0,98**

Konserven

Schinkenpoln... Pfd. **0,98**
Bierwurst... Pfd. **1,08**
Zervelat o. Salam, Pfd. v. **1,08**
Hamburg. Mettwurst... Pfd. **1,25**
Magerer Speck Pfd. **0,98**
Schinkenspeck... Pfd. **1,18**
Nußschinken... Pfd. **1,28**

Kolonialwaren

Auszugmehl
Pfd. **0,24, 0,26**

Sultanas Pfd. von **0,26**

Mandeln süß, Pfd. **1,15**

Zitronat... Pfd. **0,95**

Weizenmehl... Pfd. **0,18**
Mandeln bitter... Pfd. **1,30**
Korinthen... Pfd. **0,48**
Kokosraspel... Pfd. **0,35**
Bockpulver 3 Pakete **0,24**
Vanillezucker 6 Pak. **0,24**
Maispulver... Pfd. **0,28**
Bruchmakaroni Pfd. **0,36**
Viktoria-Erbisen Pfd. **0,18**
Linsen... Pfd. **0,14**
Backobst... Pfd. von **0,35**
Kollif. Pflaumen Pfd. v. **0,25**
Kokao los... Pfd. **0,50**
Gebr. Gerste... Pfd. **0,20**
Kaffee frisch geb., Pfd. von **1,90**

Käse und Fette

Margarine... 3 Pfd. **0,74**
Bratenschmalz Pfd. **0,48**
Kokosfett... 3 Pfd. **0,88**
Tilsiter vollfett... Pfd. **0,68**
Münster vollfett, Pfd. **0,78**
Edam u. Holl., 40%, Pfd. **0,72**
Allg. Stangen 20%, Pfd. **0,40**
Harzer... Pfd. **0,25**

Molkereibutter... Pfund **1,18**
Molkereibutter allerfeinste deutsche... Pfund **1,38**
Markenbutter allerfeinste deutsche... Pfund **1,44**

Geflügel und Wild

Enten frisch... Pfd. von **0,78**
Oderbr. Mastgänse frisch... Pfd. von **0,75**
Rehblättler Pfd. von **0,72**
Hasen gestreift und angaworien... Pfd. von **0,68**
Ragout... Pfd. von **0,30**

Hirschrücken Pfd. von **0,58**

Obst und Gemüse

Kochäpfel gross, Pfd. **0,15**
Boscop... Pfd. **0,70**
Amerik. Äpfel 3 Pfd. **0,58**
Kochbirnen... 2 Pfd. **0,25**
Haselnüsse Pfd. von **0,30**
Haselnußkerne Pfd. **0,65**
Erdnüsse geröst. Pfd. **0,25**
Haselnüsse lang, Pfd. **0,42**
Rosenkohl... 2 Pfd. **0,25**
Rotkohl... 3 Pfd. **0,10**
Weisskohl... 3 Pfd. **0,10**
Märk. Rübchen 4 Pfd. **0,16**
Zwiebeln... 3 Pfd. **0,20**
Kartoffeln 10 Pfd. von **0,24**

Weine und Spirituosen

Preis ohne Flasche 1/2, 1/4, 1/8, 1/16 FL.
Spez. Apte. Wein herb. **0,48 4,50**
31^{er} Edelkubener... **0,15 8,00**
28^{er} Graves... **1,85 17,50**
Alter Tarragona rot... **1,25 11,00**
3^{er} Eilenz. Rübebe... **1,60 15,00**
Spez.-Liköre 1/2 FL. 10 FL. nach sortiert, best. H. **2,45 24,00**
„Cider“ ausser Apfelwein **0,65 3,00**
Roter Johannisbeerw. **0,75 3,50**
Rheimpl. Weisswein **0,75 3,50**
Original Insel Sames **1,45 7,00**
Doure-Portwein... **1,65 8,75**
Jem. Rum-Verschn. 40% **3,75 18,00**
Deutscher Weinbrand **4,20 20,00**

Leb. Karpfen u. Hechte Pfd. von **0,58**

Staats Theater
Freitag, den 2. Dezember
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Der fliegende Holländer
staatliches Schauspielhaus
19 Uhr
Faust I. Teil

Winter Garten
8 Uhr 15
Die Codonas
Die Könige der Luft
Die 6 von der Staatsoper
in neuen Tänzen und Kostümen
Sonnabend und Sonntag
auch 4 Uhr zu kl. Preisen
Flora 3434 Mauchen ert.
Das führende Variete

3 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch heute:
Die Liebe blüht in Werder
Sonnabend zum 1. Male
auch Sonntags 4 Uhr
Alles um Lotti
Schlager-Posse m. Gesang u. Tanz
Für die Leser Gutscheine 1-4 Personen.
Parkett 0,50, Fauteuil 0,75, Sessel 1,25 M.

VOLKSBLIHN
Theater am Bülowplatz
Norden 6136. Letzte Vorstellung, 8 1/2 Uhr
FANNY
von Marcel Pagnol
Deutsch von Bruno Frank — Regie: Heinz Hilpert
Dorsch, Tiedtke, Valetti, Siedel, Verhoeven, Stein, Almas

Rose-Theater
Süda. Praterstraße 13
Tel. Weidn. 1 7 3427
8.15 Uhr
Der
Zigeunerbaron

Kabarett für Alle
4 Uhr Täglich 2x 9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreis 1-3 Mk.
Nachm. Gedeck 1,25
Jeden Sonntag um 11 Uhr Nachvorstellung

B. B. B.
Südwest. Bunte Blätter
Kottbuser Straße 6
Oberbaum 3509
„Von A-Z“
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonnt. nachm. 3 1/2

SCAVA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr
Märk. - Jahrg. - Stern
MAREK WEBER

PLAZA
Hör. Sch. Hof.
1. u. 8 1/2 Uhr
E. 1. Weidn. 431
Musikantenmädel

städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Freitag, 2. Dez.
20 Uhr
Turnus III
Ein Maskenball
Land u. G. Orégin
Berger, Pataky,
Kermmar, Gestal,
Dittler
Dirig.: Fritz Busch

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENDAMM
Vergnügungs Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
D 3 Weidn. 6304-05
8 1/2 Uhr
Kasimir und Karoline

Deutsches Theater
Weidn. 5201
Täglich 8 Uhr
Harmonie
von Franz Molnar
Inszen.
Max Reinhardt
Max Pallenberg,
Karlweis, Etlinger,
Vollmann,
Hertha Thiele,
Terwin
Lore Mosheim

Kammerspiele
8 Uhr
Nur 3 Tage
Paula Wessely
in
Rose Bernd

Theater im Admiralspark
Merkur 9901
Täglich 8 1/2 Uhr
Hans Albers
Liliom

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
Dübendorferstr.
8.15 Sonntag 3.30
zu ermäßigten Preisen.
Gefährliche Nachbarhaft
und das neue Weihnachtsprogramm

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Täglich 8 Uhr
DER STUDENTENPRINZ
Sonnt. nachm. 3 Uhr Bill. Preise

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Sriji
Maffary
in
Eine Frau, die weiß,
was sie will!
Sonntag 5 Uhr
Walzertraum

SEITLICH
Bismarckstr. (Kale)
Steinpl. (C1) 671
8 1/2 Zum 31. Male
Robert und Bertram
Alfred Braun,
Fau. Heidemann,
Senta Böneland
Sig. 4 Dez. 11 1/2
Literarisches Malines
Zeitungsnovizen
von E. Kalkowska

Renaissance - Th.
Steinpl. 6790
Täglich 8 1/2 Uhr
Trappe 1931
Die Mausefalle
Sonnab. u. Sonnt. 4 Uhr
Schneewittchen
Sonnab. 11 1/2 Uhr
Nachvorstellung
Liebe auf d. Lande
-on Klavand

Kurfürstend.-Tv.
Kurfürstendamm 209
Tel. Bism. 1400
Tägl. 8 1/2 Uhr
Glückliche Reise
von Arthur und Ingeborg
Kasik, Blumcke
Regie: Peukert
Hans Schindler
mit seinen
Jazz-Symphonikern
Furterl. unterleudes

Theater des Westens
Steinpl. 5121
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Sensationsroman
Katharina
Sonntag 3 Uhr
Fürt. rchristel

(Erster Presse-Querschnitt)

Der netteste Operettenabend seit langem ist nach dem Urteil des »Montag« die

Glückliche Reise

Eine vergnügliche Operette zwischen Wannsee und dem Amazonasstrom
(Deutsche Zeitung)

Drei Akte von Max Bertuch und Kurt Schwabach
MUSIK VON EDUARD KÜNNEKE

Eine glückliche Lösung aus den Operettenmüden der letzten Jahre (Der Tag). Da ist den Textdichtern sogar einmal was eingefallen (Tägliche Rundschau). Die Musik schrieb Eduard Künneke, voll Rhythmus die Vertonung auch der Schlager (Welt am Abend), farbig glitzernde Nummern, von denen eine immer hübscher als die andere ist (8-Uhr-Abendblatt); keiner wird dieser Musik entgehen: sie wird sich durchsetzen und die Tanzsaison beherrschen (Vorwärts), und die eine oder andere Melodie wird sicher Schlager werden, vielleicht sogar für ein Jahr (Angriff). Am Dirigentenpult der leistungsfähigen Kapelle sitzt ein guter Musiker, Hans Schindler (Berliner Tageblatt). Die Aufführung beschäftigt erste Kräfte (B.Z.); hoch ist vor allem das Paar Lixi Waldmüller-Ernst Verebes zu preisen (Tempo); die Waldmüller ist eine graziose Parodistin, eine brillante Tänzerin, eine sympathische Sängerin (Berl. illustr. Nachausgabe). Das sentimentale Liebespaar, das seriöse sortieren, war mit Hilde Woerner und Walter Januhn vortrefflich besetzt (Vossische Zeitung). In kleineren Rollen Max Landa — anerkannter Sonderbeifall... Josefina Dora, Hermann Krehan, die lustigen Kardoschsänger (Börsen-Zeitung), drastisch und schlagkräftig wie immer in seinem Humor Kurt Lillien (Morgenpost). Der Tanzmeister Franz Rott übertrifft sich selbst an Einfällen (Börsen-Courier). Prof. Paul Scheurich hat überaus zu lobende Bühnenbilder und Kostüme entworfen (Tägl. Rundschau). Hübsche Einfälle hat Leo Peukert als Regisseur (Das Kleine Journal). Am Schluß Zustimmung, vorher viele da capos (12-Uhr-Blatt).

Endlich wieder eine Operette!
Endlich wieder ein glaubhafter Vorwurf, ein brauchbares Buch, gute Musik (D. A. Z.)
Zeitgemäße Eintrittspreise von 90 Pfg. bis 9.— RM. Theaterzettel frei. Garderobe 30 Pfg. Auch die Preise am Büfett sind niedrig gehalten. Die Kasse ist ununterbrochen geöffnet, auch für Vorausbestellungen.
Anfang 8 1/2 Uhr — Ende kurz nach 11 Uhr

Kurfürstendamm - Theater

Direktion Leo Peukert / Bismarck 1400

Ein Weihnachtslos

ARBEITER-WOHLFAHRT

Ziehung: 20. und 21. Dez. 1932

Glücksbriefe

10 Lose 5 RM., 20 Lose 10 RM.
Lose zu haben:

Bei den Kreisleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft, Vorwärtsfilialen, Wertheim, Singer und Hermann Tietz

hilft mit **50 Pfl.**

Gewinne in Werte von **450 000 MK.**

Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90% ausgezahlt.